

metallzeitung

FÜR ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT | WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL

SEITE 4

Altersteilzeit: Jetzt gibt es Warnstreiks

LEBEN

SEITE 18

Was darf man bei der EM im Büro?

ARBEIT

SEITE 25

Schüler schweißen wie die Profis

BEZIRK

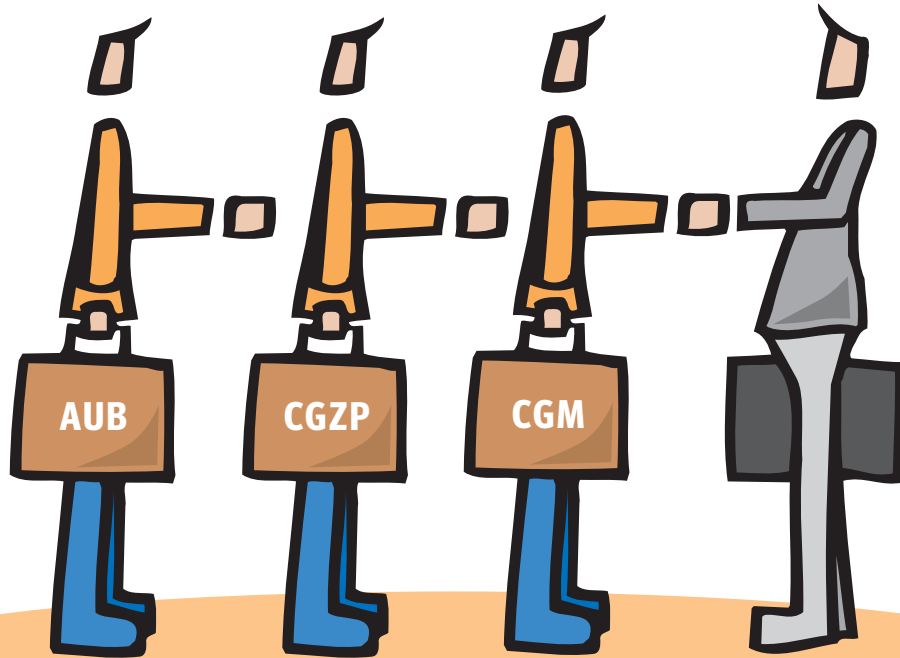
SEITE 28

AUB, CGM und Co

Die **PSEUDO** Gewerkschaften



THEMEN IM HEFT

**Geschäfte mit den Chefs**

Dass die »Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger« (AUB) eine Tarnorganisation der Arbeitgeber ist, haben Metallerinnen und Metaller lange geahnt. Seit der Verhaftung des Ex-AUB-Vorsitzenden Wilhelm Schelsky ist diese Vermutung nun gewiss. Die Gefahr konservativer Gruppierungen ist damit aber nicht gebannt. Zumal auch sogenannte »christliche« Organisationen immer wieder versuchen, Arbeitgebern zu Diensten zu sein und Gewerkschaften zu schwächen.

SEITE 10 BIS 13

Foto: www.bilderbox.de

Wie der Bosal-Konzern sich bereichert

Aufkaufen, um an Kundenlisten zu kommen und dann die Beschäftigten fallen zu lassen: Das ist der Verdacht der IG Metall. **SEITE 6**



Foto: Timm Schamberger/ddp

Adidas-Aktionäre und Kritiker

Sonia Lara, Näherin aus El Salvador, berichtet auf der Adidas-Hauptversammlung, warum ihr Lohn zum Leben nicht reicht. **SEITE 14 BIS 15**



Foto: Frank Rumpenhorst

Mit den Kickerinnen per du

Metallerin Doris Ditmayr ist Vorsitzende des Frauenfußballclubs 1. FFC Frankfurt und kümmert sich um Nachwuchsspielerinnen. **SEITE 17**

Anzeige

UNVERZICHTBAR.
BETRIEBSRATSSEMINARE

ARBEITSRECHT
GLOBALISIERUNG
KONFLIKTBERATUNG
OUTSOURCING
ZEITMANAGEMENT

www.dgb-bildungswerk.de

**IMPRESSUM metallzeitung, die Mitglieder-Zeitung der IG Metall**

Herausgeber: Berthold Huber,
Detlef Wetzel, Bertin Eichler

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-26 33
Fax 0 69-66 93-2000
E-Mail:
metallzeitung@igmetall.de

Redaktionsleiterin:
Susanne Rohmund (verantwortlich
im Sinne des Presserechts)

Chefredakteurin:
Susanne Rohmund

Redaktion:
Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina
Helmerich, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat:
Marion Brunsfeld
Internet:
www.igmetall.de

Anzeigen:
Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-200,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metallzeitung erscheint monatlich
(zwölf Mal im Jahr). Für Mitglieder
der IG Metall ist der Bezug im
Beitrag enthalten. Das Papier,
auf dem die **metallzeitung** gedruckt
wird, besteht zu 70 Prozent aus
Altpapier und zu 30 Prozent
aus PEFC-zertifiziertem Holz, das
aus nachhaltiger Waldbewirt-
schaftung in Bayern und Baden-
Württemberg stammt.

Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte: Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: metallzeitung gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

TARIFJAHR 2008



Foto: Frank Rumpenhorst

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, über den Kurs der IG Metall in der ersten Hälfte des Tarifjahres 2008.

Gerechte Verhältnisse müssen wir durchsetzen

Mehr Gerechtigkeit erreicht die IG Metall mit praktischer Politik. Ihr wichtigstes Instrument sind wirksame Tarifverträge.

Zwei Drittel aller Deutschen sind überzeugt, dass es in unserer Gesellschaft ungerecht zugeht. Dieses Ergebnis ist im ARD-Deutschlandtrend seit zwei Jahren stabil. Bis weit in die gesellschaftliche Mitte haben Menschen Angst vor Abstieg und Ausgrenzung. Selbst in wirtschaftlich guten Zeiten spaltet ein ungezügelter Kapitalismus die Gesellschaft, zerstört die Grundlagen unserer Demokratie. In einer solchen Gesellschaft wollen wir nicht leben. Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, in der es fair zugeht. In der Menschen ihr Leben eigenverantwortlich gestalten und in Würde leben können.

Mehr Gerechtigkeit erreichen wir mit praktischer Politik und konsequentem Handeln. Unser wichtigstes Instrument sind wirksame Tarifverträge, auf die sich alle Mitglieder verlassen können. Im »Super-Tarifjahr« 2008 ist die IG Metall bisher auf Kurs. Wir haben in der Stahl- und Eisenindustrie, bei Textil und Bekleidung und – mit Aus-

nahme von Nordrhein-Westfalen – auch im Kfz-Handwerk gute Ergebnisse erzielt. Einkommenssteigerungen von bis zu über fünf Prozent in einem Jahr sind ein Beitrag, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angemessen am wirtschaftlichen Fortschritt zu beteiligen.

Wir erzielen dort Erfolge, wo gut organisierte Belegschaften bereit sind, auch den Konflikt mit den Arbeitgebern zu führen. Deshalb müssen wir vor der Sommerpause noch zwei Mal ran. Im Kfz-Handwerk in Nordrhein-Westfalen, wo die zuständige Innung ein schäbiges Doppelspiel betrieben und Tarifvereinbarungen mit der IG Metall verweigert hat. Und bei unserem Kampf für eine Tarifvereinbarung zur neuen Altersteilzeit. Auch dort ist die IG Metall bundesweit gefordert. Jetzt gilt es also: Je mehr Kolleginnen und Kollegen sich im Europameisterschafts-Monat an Aktionen beteiligen, umso besser wird unser Halbjahresergebnis im Tarifjahr 2008 ausfallen.

Berthold Huber

ALLES AUF EINEN BLICK

AKTUELL

- 4 **Tarifrunde Altersteilzeit**
Jetzt gibt es Druck: Viele Warnstreiks sind geplant.
- 5 **Polizei-Terror in der Türkei**
In Istanbul schlug Polizei auf Gewerkschafter ein.
- 6 **Wie eine Heuschrecke**
Bosal bereichert sich auf Kosten der Belegschaft.
- 7 **Keine Investitionen**
Metaller wollen ihr Geld zurück haben.
- 8 **Interview**
Lidija Jerkič kümmert sich um Metaller in ihrem Land.
- 9 **Proteste bei Avaya**
Beschäftigte kämpfen gegen Tariffucht des Arbeitgebers.

TITEL

- 10 **Vor den Karren der Chefs**
Konservative Pseudogewerkschaften machen mit den Arbeitgebern gemeinsame Sache.

REPORTAGE

- 14 **Adidas Hauptversammlung**
Eine Näherin redet den Aktionären ins Gewissen.

LEBEN

- 16 **Leserbriefe/Leserfoto**
- 17 **Porträt**
Zu Besuch beim 1. FFC und der Vorsitzenden Doris Dietmayr.

- 18 **Service für Mitglieder**
Die IG Metall zahlt ihren Mitgliedern Sterbegeld.
- 19 **Was mich beschäftigt ...**
Stadt Erfurt gibt Daten von Metallerin an Nazis weiter.
- 20 **Guter Rat**
Volles Arbeitslosengeld auch nach Teilzeitarbeit.
- 21 **Rätsel**
Erster Preis: Vier Nächte im Winter in Schöneck.

ARBEIT

- 22 **Da geht was**
Auf dem Saarstahl-Gelände gibts eine neue Schmiede.
- 23 **Die gute Idee**
Ein Netzwerk für Austausch und Völkerfreundschaft.
- 24 **Tipps für den Job**
Darauf muss man bei einer Änderungskündigung achten.
- 25 **Besser mit Bildung**
Schüler lernen in einer Praxis-Werkstatt schweißen.
- 25 **Auf dem Prüfstand**
Energiesparlampen auf Strahlen getestet.
- 26 **Foodmärkte mal anders**
Marita Wiggerthale über das Ernährungsproblem.
- 27 **Von A bis Z – das Stichwort**
Mitarbeiterbeteiligung

BEZIRK / LOKALES

- 28 **Aus den Bezirken**
- 30 **Lokales / Karikatur**



Foto: Thomas Jäger

Voller Einsatz für faire Bedingungen bei Leiharbeitern

Metaller und Betriebsrat Josef Sattler wirbt täglich neue Mitglieder unter den Leiharbeitern in der Zahnradfabrik Passau. SEITE 7

TARIFRUNDE ALTERSTEILZEIT

Mehr Druck auf die Arbeitgeber

Die Tarifrunde »Altersteilzeit« geht in die entscheidende Phase. In den bisherigen Verhandlungen gab es keine Annäherung. Die Arbeitgeber wollen eine Anschlussregelung ab 2010 auf besonders belastete ältere Beschäftigte beschränken. Nun sollen Warnstreiks den Druck erhöhen. Für die IG Metall gibt es von Seiten der SPD Schützenhilfe.

Immer mehr Stress am Arbeitsplatz, immer längere Schichtarbeit, immer größere gesundheitliche Probleme: Kein Wunder, dass 92 Prozent aller Beschäftigten vor ihrem 65. Lebensjahr aus dem Berufsleben ausscheiden wollen. Die IG Metall fordert eine Anschlussregelung zur bisherigen Altersteilzeit. Sie kämpft damit auch für die Jungen. Denn der sanfte Ausstieg der Älteren erhöht die beruflichen Chancen der Jungen.

Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern ist bisher mau: »Sie reden das Problem klein«, sagt Helga Schwitzer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und für Tarifpolitik zuständig. Die Arbeitgeber wollen Kosten sparen. Kosten entstehen ihnen durch die Aufstockung des Regelentgelts und der Beiträge zur Rentenversicherung während der Altersteilzeit.

Jetzt planen die Beschäftigten mit Warnstreiks Druck zu machen. Die erste Welle startet in der Nacht zum 4. Juni. Schwerpunkt der Warnstreiks: Baden-Württemberg. »Für uns ist nach den ersten Verhandlungen mit den Arbeitgebern klar: Wir brauchen mehr öffentlichen und natürlich vor allem betrieblichen Druck«, betont Vorstandsmitglied Schwitzer.

Schützenhilfe erhält die IG Metall vom SPD-Präsidium. Der SPD-Beschluss: Alterszeit soll über das Jahr 2009 hinaus und bei neuen Verträgen bis zum Jahr 2015 gefördert werden. Bedingung dabei: Eine Wiederbesetzung des Arbeitsplatzes

erfolgt durch einen Ausbildungsabsolventen. Außerdem: Für Kleinbetriebe sollen Sonderregelungen geprüft werden.

In diesen Punkten sind sich IG Metall und SPD einig. »Wenn die SPD jetzt die Fortführung der Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit fordert, ist das ein Schritt in die richtige Richtung«, betont Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und zuständig für Sozialpolitik. Seine Bewertung der SPD-Pläne: »Altersteilzeit leistet einen wichtigen Beitrag zur Sen-

kung der Arbeitslosigkeit und ist ein Instrument, um eine ausgewogene Altersstruktur in den Betrieben zu verwirklichen. Das Festhalten der SPD an der Rente mit 67 bleibt jedoch problematisch.« Mit Blick auf die Altersteilzeit führt die Rente mit 67 dazu, dass Altersteilzeit unter den im Beschluss zitierten Bedingungen immer schwieriger wird. Denn: Es entsteht eine immer größere Lücke durch Abschlüsse. »Wenn die Arbeitgeber glauben, die Rente mit 67 bejubeln zu müssen und auf Zuschüsse von der Bundesagentur für Arbeit verzichten zu können, sollte ihnen klar sein, dass die IG Metall sie nicht aus der Verantwortung entlässt«, betont Helga Schwitzer.

Und die Meinung der Union? Die CDU lehnt die Altersteilzeit weiterhin völlig ab. Für die IG Metall wird es jetzt darauf ankommen, in den Betrieben Druck auf die Arbeitgeber zu machen. Und gleichzeitig von der Politik die weitere Förderung der Altersteilzeit zu fordern.

Susanne.Rohmund@igmetall.de

MEHR INFOS ZUM THEMA

Dieser Ausgabe der **metallzeitung** liegt eine DIN A4-Beilage bei. Dort stehen noch mehr Informationen und Argumente für eine neue Altersteilzeit. Unser Tipp: Das Flugblatt aufhängen – zum Beispiel ans schwarze Brett, damit sich auch Nicht-Mitglieder informieren können.

Neue Plakate:

Die IG Metall bietet Plakate für die Tarifrunde Altersteilzeit. Verschiedene Motive gibt es bei der IG Metall-Verwaltungsstelle vor Ort.

Gut ausgebildet gleich zur Stelle!

Ja zur neuen Altersteilzeit!

Durch die Altersteilzeit können mehr Azubis auf eine feste Übernahme hoffen. Denn wenn Ältere früher gehen, können Jüngere früher nachrücken. Das muss auch nach 2009 so bleiben. Deshalb bin ich für die neue Altersteilzeit.

Für jung. Für alt. Für alle.

Neue Altersteilzeit



Foto: Murad Sezer / AP Photo

Polizisten gehen in Istanbul mit Wasserwerfern gegen Gewerkschafter vor.

Polizei-Terror am 1. Mai

In der türkischen Millionenstadt Istanbul hat die Polizei am Tag der Arbeit eine Demo von Gewerkschaftern brutal aufgelöst.

Mit Wasserwerfern, Panzerwagen und Reizgas hat die Polizei in Istanbul am 1. Mai ihre Macht demonstriert. Ihr Ziel: eine Großdemonstration der türkischen Gewerkschaften aufzulösen.

Die Gewerkschafter wollten zum Taksim-Platz, auf dem die Polizei 1977 bei einer Mai-Kundgebung 36 Gewerkschafter erschoss. Wegen angeblich zu erwartender Anschläge verbot der Innenminister die Demonstration »vorsorglich«. Die Gewerkschaften empfanden das als Provokation.

Zuvor hatte Ministerpräsident Erdogan die Gewerkschafter bereits als unbedeutendes »Fußvolk« diskriminiert und die Stimmung zusätzlich aufgeheizt. Grund: Die Gewerkschaften hat-

ten seine umstrittene Sozialreform abgelehnt. Sie sieht längere Lebensarbeitszeiten und niedrige Arbeitgeberbeiträge für die Krankenversicherung vor.

Der Erste Vorsitzende der IG Metall Bertold Huber und das geschäftsführende IG Metall-Vorstandsmitglied Wolfgang Rhode haben den türkischen Botschafter in einem Brief aufgefordert, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

EU-Kommissar Olli Rehn forderten sie in einem Brief ebenfalls auf, die Türkei »stärker als bisher« auf ihre Pflichten hinzuweisen: »Alle Barrieren gegen freie Organisation von Arbeitnehmern in den Gewerkschaften müssen beseitigt werden.« **fra**

Die Verlagerung stoppen

Continental-Beschäftigte kämpfen für ihre Arbeitsplätze.

Die Beschäftigten bei Continental in Wetzlar, die Navigationsgeräte für die Automobilindustrie bauen, kämpfen weiter für ihre Arbeitsplätze.

So hat die Belegschaft in der gesamten Stadt Plakate mit den Porträts von Beschäftigten geklebt »Gesichter, die ihren Arbeitsplatz verlieren«, können die Wetzlarer darauf lesen.

Continental will die Fertigung nach Tschechien verlagern, obwohl in Wetzlar hohe Gewinne eingefahren werden.

Auch am 1. Mai waren die Wetzlarer Conti-Beschäftigten auf der Straße. Betriebsratsvorsitzende Margit Fischer sagt: »Die Arbeitsplatzverlagerung nach Tschechien macht keinen Sinn und muss gestoppt werden.« **fra**

Ingenieur-Leihfirma bekommt IG Metall-Tarif

Der Ingenieurdienstleister Evomotiv kam von sich aus auf die IG Metall zu: Das Unternehmen wollte einen Tarifvertrag – und hat ihn bekommen. Das hat Uwe Meinhardt von der IG Metall Stuttgart in 15 Jahren als Metaller noch nicht erlebt: Ein Arbeitgeber, auch noch ein Leihunternehmen, der von sich aus ohne Druck einen Tarifvertrag mit der IG Metall abschließen will. »Die waren gerade in der Gründung und hatten noch gar keine Beschäftigten, geschweige denn einen Betriebsrat«, erzählt Meinhardt. Er nahm sofort Gespräche auf.

Seit Mitte März gilt jetzt bei Evomotiv ein Anerkennungstarifvertrag auf Basis der Era-Tarifverträge der Metallindustrie Baden-Württemberg. Mit einer Abweichung: Das Weihnachtsgeld wird ersetzt durch eine Ergebnisbeteiligung. 20 Prozent des Gewinns – mindestens je-

doch 500 Euro – werden an die Beschäftigten ausgeschüttet.

Evomotiv umwirbt Ingenieure mit fairen, transparenten Konditionen. Das Unternehmen hat bereits das Gütesiegel »Fair Company« von der Zeitschrift »Karriere« erhalten. Damit werden Betriebe unter anderem dafür ausgezeichnet, dass sie Absolventen nicht als Dauerpraktikanten einsetzen, sondern fest einstellen. Der Tarifvertrag mit der IG Metall soll den Anspruch »fair« unterstreichen.

»Mit dem Era-Tarifvertrag haben wir ein transparentes, fundiertes System«, erklärt Personalleiter Gerhard Krebs. Innerhalb weniger Wochen hat Evomotiv 20 Ingenieure gewonnen. »Die fairen Konditionen kommen gut an. Auch bei unseren Kunden im Automobilbereich, die alle einen IG Metall-Tarifvertrag haben.« **de**

Trotz Rente weiter arbeiten

Statistik erschreckend: Zahl über 40 Prozent gestiegen.

Für Deutschlands Rentner sieht es schlecht aus: Viele müssen im Alter einen Job annehmen. Die jüngste Statistik des Arbeitsministeriums belegt: Die Zahl der

Mini-Jobber über 65 ist um 40 Prozent gestiegen. Wahrscheinlich sind es noch viel mehr. Denn in dieser Statistik sind Selbstständige nicht erfasst. **sro**

Um nicht zu verarmen, jobben immer mehr Rentner
Anzahl der über 65-Jährigen mit Arbeitsplatz im Jahresvergleich.

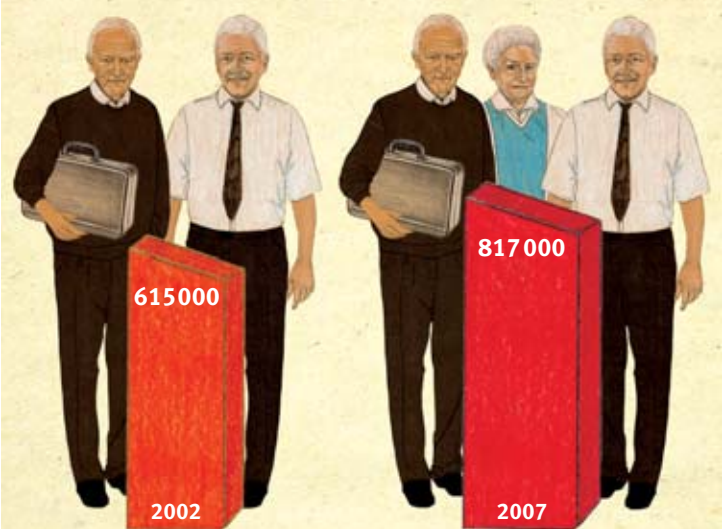


Illustration: Birgit Lang

Quelle: Bundesarbeitsministerium 2008



BOSAL-KONZERN

Schnappen, ausnehmen, wegwerfen

Wenn Michael Föst an die Leidensgeschichte der Beschäftigten bei E. A. Storz denkt, wird er fuchsteufelswild. »Wie eine Heuschrecke« sei der Bosal-Konzern über den Betrieb hergefallen, sagt der Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Albstadt: »Schnappen, ausnehmen, wegwerfen«, so sei Bosal vorgegangen. Ende Juni macht bei Storz der Letzte das Licht aus.

Das Elend begann im Jahr 2003: E. A. Storz musste Konkurs anmelden. Die niederländisch-belgische Bosal-Gruppe schlug zu. Bosal stellt Anhänger Kupplungen, Dachträger und Abgassysteme her. Bei E. A. Storz in Wurmlingen bei Tuttlingen werden Wagenheber hergestellt. Das passte. Investor Bosal hatte nie die Absicht, Storz zu erhalten, sondern wollte nur an die Kundenliste gelangen und die Wagenheber woanders billiger herstellen. Rund 100 Beschäftigte wurden übernommen. Sie sollten so lange weiterarbeiten, bis die Fabrik in Ungarn fertig wäre.

Diese Zeit ist rum. Die Verlagerung verlief nicht wie geplant, berichteten die Betriebsräte. Bis zu 50 Prozent Ausschuss hätten die Teile aus Ungarn gehabt. Eine hohe Auslastung bedeutete Mehrarbeit, die nicht korrekt bezahlt und deshalb eingeklagt werden musste. Leiharbeiter wurden eingesetzt und bereits entlassene Beschäftigte befristet zurückgeholt. Nach lan-

gem Kampf muss sich die Belegschaft ab Juli neue Jobs suchen.

Bei Oris lief 2007 Ähnliches ab. Ebenfalls ein altes Familienunternehmen mit finanzieller Schlagseite. Die Cabrio-Windschotts aus Markgröningen werden nun in Ungarn montiert. 90 Beschäftigte verloren ihre Arbeitsplätze. »Bosal ging mit harten Bandagen vor«,

sagt Sabine Zach, die für die IG Metall Ludwigsburg bei Oris Verhandlungen führte: »Es ging nicht um Menschen, sondern um die Produkte.« In Viersen, der Deutschlandzentrale von Bosal, ist die Produktion bereits Ende 2001 geschlossen worden – 170 Jobs fielen weg. Übrig blieben nur Service und Vertrieb.

Hinter den rücksichtslosen Methoden sieht Michael Föst eine systematische Strategie: Bosal wolle den Markt der Kfz-Erstausrüstung aufrollen. Bisher produzierte »Bosal eben Bosal«, keine Originalteile. Eine Marke wie Storz aber gehört zur Erstausrüstung fabrikneuer Autos. ■

Uli.Eberhardt@email.de

Mahnmal für ermordete Gewerkschafter

Gedenkfeier im Konzentrationslager Sachsenhausen

Am 2. Mai enthüllte DGB-Chef Michael Sommer (Foto) im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen einen Gedenkstein für die von den Nazis ermordeten Gewerkschafter. Mit der Feier gedachte der DGB der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis am 2. Mai 1933. Damals wurden Gewerkschafter verhaftet und in Konzentrationslager deportiert. Viele wurden dort

ermordet. Der Gedenkstein ist das erste Mahnmal, das eigens an sie erinnert.

»Ihr gemeinsames Opfer mahnt uns, den Widerstand gegen alte und neue Nazis gemeinsam zu organisieren«, sagte Sommer in seiner Ansprache. Neben Sommer sprachen unter anderem die Vorsitzende des Zen-



Foto: Franka Bruns/DGB

tralrats der Juden, Charlotte Knobloch, Ex-Arbeitsminister Müntefering und Ministerpräsident Platzeck (SPD). **de**



Foto: FM

Auf dem Weg zur Bosch-Personalleitung: Schluss mit der Hinhalterei.

Metaller wollen Geld zurück

Bosch-Thermotechnik in Neukirchen bei Zwickau hat zugesagte Investitionen unterlassen. Jetzt machen die Beschäftigten Druck.

Anfang Mai haben sich rund 200 Beschäftigte bei der Personalleitung wegen einbehaltener Löhne angestellt. »Unsere Leute fordern ein Entgelt nach dem geltenden Flächentarif«, erklärt Betriebsratsvorsitzender Dieter Wendler, »Der Standort-Sicherungsvertrag von 2005 gilt für uns nicht mehr.«

Damals hatte die Belegschaft auf rund 20 Prozent ihres Entgelts verzichtet. Dafür hatte Bosch zugesagt, 4,8 Millionen Euro zu investieren und die Beschäftigung bis 2010 zu garantieren. Doch während die Belegschaft verzichtete, vergaß die Konzernleitung ihre Zusage. Als Betriebsrat und IG Metall auf die zugesagten Investitionen pochten, kam immerhin

ein Kompromiss heraus. Er sah einen Investitionsplan bis 2014 vor und legte auch fest, dass der Flächentarif schrittweise wieder anzuwenden ist.

Doch am nächsten Tag piffte die Wetzlarer Zentrale ihre Verhandlungsführer zurück. Auch die Bezirksleitung der IG Metall in Berlin erhielt einen Korb: Die Vereinbarung sei »nicht erforderlich«, schrieb die Geschäftsleitung.

Für Beschäftigte und IG Metall ist damit der Bogen überspannt. Thomas Knabel, Zweiter Bevollmächtigter in Zwickau: »Bosch hat den Zukunftssicherungs-Vertrag gebrochen. Jetzt wollen die Beschäftigten auch ihre einbehaltenen Löhne zurück.« **fra**

Kein Aprilscherz in Ludwigshafen

Die Wasserzählerfirma Sensus will die Belegschaft wieder halbieren.

Als die Firma Sensus Metering Systems vor zehn Jahren noch Spanner-Pollux hieß, arbeiteten an der Industriestraße in Ludwigshafen über 1200 Menschen. Davon sind 628 Beschäftigte (unter ihnen 44 Auszubildende) geblieben. Jetzt soll die Belegschaft erneut auf 280 bis 300 Beschäftigte mehr als halbiert werden. Das verkündete »Vice«-Präsident Hernandez von der Mutterfirma Emea am 1. April.

»Das war kein Aprilscherz sondern bittere Wahrheit«, sagt Betriebsratsvorsitzende Ingrid Fels.

Dabei trug die Belegschaft mit dem Abbau übertariflicher Leistungen, flexiblen Arbeitszeiten und Contischichten im Spritzgussbereich ihren Teil zum Sparkurs seit 1999 bei. »Wir werden unsere Alternativpläne und die Arbeitsplätze nicht kampflos aufgeben«, gibt sich Ingrid Fels entschlossen. **who**

WERBER DES MONATS



Foto: Thomas Jäger

Betriebsrat Josef Sattler bleibt bei Leiharbeitern am Ball.

31 Neue für die IG Metall

In der Zahnradfabrik Passau sind rund 70 Prozent der Leiharbeiter organisiert. Betriebsrat Sattler wirbt täglich neue.

Die Entscheidung trifft jeder selbst. Da bleibt Josef Sattler ganz gelassen. »Ich kann ja niemanden zwingen, in die IG Metall einzutreten«, sagt der 47-Jährige. Mit dieser Gelassenheit muss er allerdings ziemlich überzeugend wirken. Denn seit Februar warb er in seinem Betrieb, der Zahnradfabrik Passau, 31 Leiharbeiter für die IG Metall.

Sattler ist bei der Zahnradfabrik VK-Leiter und Betriebsratsmitglied. Fast 4000 Menschen arbeiten in seinem Werk. Allein unter den Leiharbeitern sind 70 Prozent organisiert. In der gesamten Belegschaft sind es mehr

als 80 Prozent. Der Betriebsrat setzt sich ein. Für die Leiharbeiter etwa handelte er höhere Stundenlöhne aus.

Wenn Sattler durch den Betrieb geht, nimmt er die IG-Metall-Broschüre »Fairleihen« mit und erklärt den Kollegen, was ihnen die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft bietet. Besonders der Rechtsschutz und die Möglichkeit, sich bei Problemen beraten zu lassen, überzeugt viele. »Sie fühlen sich mit der Gewerkschaft etwas sicherer«, sagt Sattler. »Aber man muss halt immer dran bleiben.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

DIE NÄCHSTEN STATIONEN

Am 2. Juni geht's in Hamburg weiter

- 2. Juni: Hamburg
- 3. bis 4. Juni: Lübeck
- 5. bis 6. Juni: Zwickau
- 9. Juni: Ostbrandenburg
- 10. Juni: Potsdam
- 11. bis 12. Juni: Leipzig
- 13. Juni: Bautzen
- 14. Juni: Kaiserslautern
- 16. bis 19. Juni: Berlin
- 20. Juni: Cottbus
- 23. Juni: Braunschweig
- 24. Juni: Lüneburg
- 27. bis 28. Juni: Nürnberg
- 30. Juni: Magdeburg



INTERVIEW

»Wir liegen ziemlich genau in der Mitte«

Seit zwei Jahren ist Lidija Jerkič Vorsitzende der Gewerkschaft der slowenischen Metall- und Elektroindustrie (Skei). **metall-zeitung** sprach mit ihr über Gewerkschaftsarbeit in ihrem Land, über Facharbeitermangel und über die Globalisierung.

metallzeitung: Wie viele Mitglieder hat Skei und welche Branchen vertritt sie?

Lidija Jerkič: Unsere Branchenstruktur ist ganz ähnlich wie bei der IG Metall: Zu uns gehören die Metall- und Elektroindustrie, damit auch die Autoindustrie, die Stahlerzeugung und -verarbeitung. Wir haben rund 40000 Mitglieder.

metallzeitung: Was ist das für ein Organisationsgrad, und wo liegt ihr da im slowenischen Branchenvergleich?

Jerkič: Mit etwa 40 Prozent Organisationsgrad liegen wir ziemlich genau in der Mitte. Über alle Branchen gibt es einen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 42 Prozent.

metallzeitung: Und wie hat sich der Organisationsgrad entwickelt?

Jerkič: Wir kommen von Organisationsgraden von über 60 Prozent Mitte der 90er Jahre. Jetzt haben wir uns stabilisiert, im vergangenen Jahr ging es sogar um drei Prozent aufwärts. Dafür tun wir auch viel, organisieren Treffen in den Betrieben während der

Arbeitszeit, haben eine wöchentliche Mitgliederzeitung des Dachverbands, eine Website – leider nur auf slowenisch – und einiges mehr.

metallzeitung: Wie hoch ist der Gewerkschaftsbeitrag für eure Mitglieder?

Jerkič: Wie bei euch, ein Prozent vom Lohn, das sind rund 13 Euro Durchschnittsbeitrag. Die Löhne gehen direkt von den Unternehmen an unsere Gewerkschaftsbank. 40 Prozent davon werden dann an die gewerkschaftlichen Vertreter in den

Mehr zum Thema

Vom 14. bis 16. Mai tagte die Otto-Brenner-Stiftung – die Stiftung der IG Metall – im slowenischen Kranjska Gora. Diese neunte internationale Konferenz stand unter dem Thema »Gewerkschaften im Umbruch – Betriebliche und überbetriebliche Handlungsarenen«. Es diskutieren dort deutsche Gewerkschafter – darunter auch Berthold Huber, der Erste Vorsitzende der IG Metall – mit osteuropäischen Gewerkschaftern über die Zukunft der Arbeitnehmerorganisationen.

Bei der Otto-Brenner-Stiftung wurden außerdem einige personelle Veränderungen beschlossen: Das ehemalige IG Metall-Vorstandsmitglied Wolf Jürgen Röder und der ehemalige Funktionsbereichsleiter Sozialpolitik Hans-Josef Legrand sind seit April 2008 die neue Doppelspitze der Otto-Brenner-Stiftung. Röder war bis Herbst 2007 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, Legrand leitete bis Herbst die Sozialpolitik der IG Metall. Sie ersetzen Elke Eller, die zum neuen Vorstand für Personal und Organisation der Volkswagen-Tochter Financial Services AG in Braunschweig berufen wurde. Verwaltungsratsvorsitzender der Stiftung ist nach wie vor Jürgen Peters.

► www.otto-brenner-stiftung.de → Veranstaltungen

Betrieben zurücküberwiesen. Ich bin mir unsicher, ob das immer gezielt, direkt, für die gewerkschaftliche Arbeit eingesetzt wird, das ist ein Problem.

metallzeitung: Wie viele Hauptamtliche habt ihr?

Jerkič: Wir sind insgesamt 14 Hauptamtliche. Davon sind zehn im Vorstand und vier sitzen direkt in den Regionen.

metallzeitung: Was sind eure größten Herausforderungen?

Jerkič: Vor zehn Jahren gab es zu wenige Arbeitsplätze.

Heute gibt es zu wenige Arbeiter. Slowenien ist ein kleines Land. Man muss nur 50 Kilometer fahren, dann ist man in Österreich oder Italien. Dort wird das Doppelte verdient. Wir sind ja bereits seit dem Jahr 2004 in der Europäischen Union. Das bedeutet erschwerte Arbeitsbedingungen für unsere kroatischen Nachbarn. Sie brauchen jetzt ein Visum, wenn sie bei uns arbeiten wollen. Wir haben eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit zehn Prozent doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosigkeit. ■

Lidija Jerkič, Vorsitzende der slowenischen Metall- und Elektrowerkschaft.



Foto: FM

ZUR PERSON

Im Dienst der Skei

Lidija Jerkič ist seit zwei Jahren Vorsitzende der Gewerkschaft der slowenischen Metall- und Elektroindustrie (Skei). Die 1962 in Ljubljana geborene studierte Juristin, begann ihre gewerkschaftliche Karriere 1988 beim Dachverband ZSSS (vergleichbar mit dem DGB). Im Jahr 1991 wechselte sie als Juristin zur slowakischen Metallgewerkschaft.



Foto: Frank Rumpenhorst

Protestplakate gegen Tarifflicht bei Avaya in Frankfurt am Main.

Das war erst der Anfang

Rund 200 Beschäftigte des Frankfurter Kommunikationsunternehmens Avaya, das einem US-Investor gehört, haben mit einer Plakataktion den Widerstand gegen die Tarifflicht des Unternehmens eingeleitet. »Das war erst der Anfang«, kündigte Avaya-Betriebsratsmitglied Siegfried Winter an. Ähnliche Aktionen gab es auch an

den Avaya-Standorten in Stuttgart, Köln und Koblenz. Obwohl das Unternehmen aus dem Arbeitgeberverband ausgestiegen ist und tarifliche Lohnerhöhungen unsicher sind, wollen die Avaya-Beschäftigten bei der bevorstehenden Tarifrunde mitmischen und sich ihren Anteil holen. Winter: »Das wird ein heißer Herbst werden.« **fra**

Politiker antworten (meistens)

Internet-Seite schafft öffentliche Plattform für Bürgerfragen.

Was unternimmt die bayerische Regierung gegen das Aufweichen des Rauchverbots? Wie sieht es mit der Pendlerpauschale aus? Oder warum gibt es einen ermäßigten Steuersatz auf Schnittblumen, aber nicht auf Babywindeln? Diese und andere Fragen stellen Wähler ihren Abgeordneten im Internet auf der Seite www.abgeordnetenwatch.de. Das Projekt wird von dem Verein

»Parlamentwatch« betrieben und bietet interessierten Bürgern die Möglichkeit, sich direkt an ihren politischen Vertreter im Bundestag oder im Europaparlament zu wenden. Sie können ihnen per Internet Fragen stellen. Allerdings antworten nicht alle Politiker.

Die Seite dokumentiert außerdem das Abstimmungsverhalten bei wichtigen Entscheidungen im Bundestag. **fam**

Die erste eigene Ausgabe

Der 300 Millionste Leser der **metallzeitung** arbeitet bei Ford in Köln und trat erst vor kurzem in die IG Metall ein.

Für Karl-Heinz-Ungericht war es die erste **metallzeitung**, aber er war ihr 300 Millionster Leser seit der Umstellung auf ein Monatsmagazin. Erst vor kurzem trat Ungericht in die IG Metall ein, im Mai bekam er zum ersten Mal die Zeitung – genau in dem Monat, in dem die Redaktion ihren 300 Millionsten Leser suchte. Ganz neu ist dem 49-Jährigen die IG Metall nicht. Seine Frau ist seit 35 Jahren Mitglied, und sein 18-jähriger Sohn trat vor einiger Zeit ein. Seither bearbeitete er den Vater, auch einzutreten – schließlich mit Erfolg.

Seit 30 Jahren arbeitet Karl-Heinz Ungericht als Feuerwehrmann beim Autohersteller Ford in Köln. Nach zehn Wochen in der Produktion bewarb er sich bei der werkseigenen Feuerwehr. Jahrelang dachte Ungericht: »Als Feuerwehrmann brauche ich kei-

ne Gewerkschaft. Wir dürfen schließlich nicht streiken.« Das sieht er inzwischen anders. Nicht nur sein Sohn hat ihn überzeugt, auch der Betriebsrat. Als er sich nach einer Erkrankung für Ungericht einsetzte, war klar: Auch ein Feuerwehrmann braucht eine Gewerkschaft. **fam**



Foto: Jürgen Seidel

Karl-Heinz Ungericht bekam im Mai die 300 Millionste Ausgabe der **metallzeitung**.

PFLAUMEN DES MONATS

Kaffeesatz für Wirtschaftsexperten

Scheinriesen haben eine ganz besondere Eigenschaft: Je näher man ihnen kommt, desto kleiner werden sie. Ganz ähnlich verhält es sich offenbar mit dem Scheinwissen, das besonders unter Volkswirten verbreitet zu sein scheint. Regelmäßig blasen sie die Backen auf und schreiben eine große wichtige Zahl an den weit entfernten Konjunkturhimmel des nächsten Quartals. Doch je näher das Quartal kommt, desto mehr schrumpft die Zahl.

Für das erste Quartal 2008 hatten sie auch so eine große wichtige Zahl in die Welt gestellt. Um allerhöchstens 0,7 Prozent werde die deutsche Wirtschaft wachsen. Nun strengte sich die deutsche Wirtschaft doch etwas mehr an als die Ökonomen, und das Wachs-

tum fiel fast doppelt so hoch aus. Dafür können die gut bezahlten Wissenschaftler aber nichts. Nein, schuld sind die Verbraucher, die zuviel konsumierten. Oder auch die Schwellenländer, die zuviel nachgefragt haben. Den Ökonomen fallen bestimmt noch eine ganze Menge Gründe ein, warum ihre Prognose eigentlich richtig gewesen wäre, wenn ihnen die Wirtschaft nicht dazwischen gefunkt hätte.

Übrigens, es geht das Gerücht, dass einige Wirtschaftsexperten ursprünglich vom Jahrmarkt kommen. Dort sollen sie verkleidet als alte Frauen den Menschen gegen viel Geld aus Kaffeesatz und Glaskugeln die Zukunft vorhergesagt haben. Aber das ist bestimmt nur ein böses Gerücht. **fam**

PSEUDOGEWERKSCHAFTEN

Vor den **Karren**
der Chefs



Dass die »Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger« (AUB) eine Tarnorganisation der Arbeitgeber ist, haben Metallerrinnen und Metaller lange geahnt. Seit der Verhaftung des Ex-AUB-Vorsitzenden Schelsky ist die Vermutung nun gewiss. Die Gefahr konservativer Gruppierungen ist damit aber nicht gebannt.

Zumal auch sogenannte »christliche« Organisationen immer wieder versuchen, Arbeitgebern zu Diensten zu sein und Gewerkschaften zu schwächen.

Sie nennen sich die »Unabhängigen«. Sie arbeiten bei Siemens in München-Perlach. Sie sind Freunde und Mitglieder der sogenannten »Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger« (AUB). Und sie wollten bei den Betriebsratswahlen im April keinerlei Zweifel aufkommen lassen, wofür sie stehen: Erst verteilten sie Gummibärchen an die Belegschaft. Dann klebten sie Miniplakate auf ihre großen Wahlplakate. »Garantiert gewerkschaftsfrei«, lautete die Botschaft. Sie sollte den »Unabhängigen«, den AUBlern, die Betriebsrats-Mehrheit sichern.

Doch ihre Strategie ging nach hinten los. Denn die Gewerkschaftsgegner erhielten gerade mal 21 Prozent der abgegebenen Stimmen. Nach 19 Jahren sind sie

damit ihre Mehrheit im Betriebsrat los. Die ging mit 51 Prozent der Stimmen an die offene IG Metall-Liste, die jetzt 16 von 31 Mandaten hält. Hartmut Winner-Scherer, Metaller und neuer Betriebsratsvorsitzender: »Jetzt können wir uns darum kümmern, dass der bevorstehende Konzernumbau nicht zu Lasten der Beschäftigten geht.«

Solch ursächliche Unterstützung der Beschäftigten haben die »Unabhängigen« – wie sich die Mitglieder der AUB selbst nennen – jahrelang hintertrieben: »Nichts tun und abnicken, was von oben kommt«, sagt Scherer-Winner dazu. Zur Veranschaulichung lehnt er sich zurück, faltet die Hände über dem Bauch und schließt die Augen: Die »Unabhängigen« in Aktion, soll das bedeuten.

Viele Siemens-Beschäftigte in Neu-Perlach mussten die AUB-Vorherrschaft teuer bezah-

FREI?

Als »Partner im Betrieb« kuscheln sie mit der Geschäftsleitung wie eh und je.



len – beispielsweise bei der Auslagerung der Trainingssparte. Statt die Rentenansprüche der über 300 Beschäftigten auf einem insolvenz-sicheren Treuhandkonto anzulegen, ging das Geld an eine neue Firma – ungesichert. Deren Insolvenzantrag ließ nicht lange auf sich warten. »Über Jahre erarbeitete Rentenansprüche wurden über das Insolvenzverfahren verfrühstückt«, ärgert sich Scherer-Winner, »Die AUB hat richtig Mist gebaut«.

Für die »Unabhängigen« kein Problem. Schließlich wurden sie von Siemens für ihre Handlangerdienste gut belohnt – beispielsweise mit guten Posten. »Wenn du AUBler warst«, erinnert sich Scherer-Winner, »bist du

CGZP (Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen)

Sitz: Berlin

Gegründet: Im Jahr 2002, um in der boomenden Leiharbeitsbranche die Arbeitsbedingungen zu drücken. Mitglied sind vier »christliche«

Gewerkschaften: Die CGM, DHV (Die Berufsgewerkschaft), GÖD (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen) und CGPT (Christliche Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation).

Die CGZP hat mit dem Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister (AMP) hunderte »Vergelts-Gott-Tarifverträge« abgeschlossen. Die Namen der Verleiher gibt es im online Netzwerk »Zoom«. Beschäftigte können nicht Mitglied der CGZP werden.

UNBESTECHLICH?

Mindestens 50 Millionen Euro soll Siemens an Ex-AUB-Chef Schelsky geschoben haben.



AUB (Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Betriebsangehöriger)

Bundesgeschäftsstelle: Nürnberg.
Bundesvorsitzender: Rainer Knoob,
 Betriebsratsmitglied bei Airbus in Hamburg
Mitglieder: 9000 (geschätzt, bundesweit)
Betriebsräte: 362 (im Organisationsbereich
 der IG Metall)

rasch in Lohnregionen gerutscht, die du normalerweise nie erreicht hättest.« Dass Siemens den früheren AUB-Vorsitzenden Wilhelm Schelsky jahrelang geschmiert hat, ist inzwischen belegt. Denn als der am Valentinstag vergangenen Jahres verhaftet wurde, ist der Nürnberger Staatsanwaltschaft reichlich Beweismaterial in die Hände gefallen. Mindestens 50 Millionen Euro hat Siemens an Schelsky gezahlt. »Ich war verdeckt als Lobbyist für Siemens tätig. Es gab einen klaren Auftrag aus der Konzernspitze«, gab der AUBler in der Untersuchungshaft zu. Das Geständnis hat ihm nicht geholfen. Er sitzt heute noch. Die Ermittlungen gegen ihn sind noch nicht abgeschlossen.

Welchen Auftrag es konkret zu erfüllen galt, enthält ein Papier von 1995, von Schelsky und Siemens-Vorständen formuliert: Die »Mitbestimmungsverhältnisse auf den Ebenen Betriebsrat und Aufsichtsrat nachhaltig« verändern. Klaus Hannemann, Metaller und Betriebsratsmitglied bei Siemens G, einer Siemens-Tochter, in Erlangen, übersetzt das so: »Auf Rechte der Beschäftigten verzichten, die Interessen der Geschäftsleitung durchsetzen.« Hannemann hat miterlebt, wie die AUB nach 1974 bei Siemens G in Erlangen die Mehrheit

im Betriebsrat gewann und 19 Jahre lang behauptete. Schelsky war bis 1990 Betriebsratsvorsitzender. Erst acht Jahre später übernahmen Metallerinnen und Metaller das Ruder.

Ihren Anteil von rund 40 Prozent konnten die »Unabhängigen« allerdings halten – auch mit Wahlkampfunterstützung von Siemens. »So viele teure Hochglanz-Broschüren konnten die damals geschätzten 200 Erlanger AUB-Mitglieder gar nicht bezahlen«, wundert sich Betriebsratsvorsitzende Sigrid Heitkamp. Und dann noch das direkte Sponsoring. »Die durften im Wahlkampf, was wir nicht durften«, erinnert sich Metaller Heitkamp. So seien die AUB-Kandidaten ständig durch die Abteilungen gelaufen, hätten zum Frühstück eingeladen und Werbegeschenke verteilt, die teilweise von Siemens bezahlt worden seien. Heitkamp beschreibt die Sonderbehandlung: »Listenführer Andreas Eberhorn, damals nicht-freigestellter Betriebsrat, hat sogar ein eigenes Büro erhalten.«

In Greifswald haben Schelsky und seine Leute dafür gesorgt, dass Siemens die Firma »ml&s« reibungslos aus der ICN-Fertigung ausgliedern konnte. Jan Bloempott, IG Metall-Bevollmächtigter in Stralsund, ärgert sich heute noch: »Fünf Wochen lang ließ der

AUB-Betriebsratsvorsitzende Bahl keine Informationen an die Beschäftigten oder die IG Metall-Betriebsräte raus.« Waltraud Oswalt, Metallerin und Betriebsratsmitglied, beschreibt die Folgen: »Die Firma ist wenig später aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten und hat die 40-Stunden-Woche eingeführt. Tarifliche Lohnerhöhungen sind seitdem unsicher.« Schelsky hingegen konnte jubeln: Er stieg mit 16 Prozent Anteil in die neue Firma ein.

Die AUB bestreitet, von den Schmiergeldern etwas gewusst zu haben und gibt Schelsky die Schuld. »Diese Ein-Mann-Show ist jetzt vorbei«, kündigte der neue AUB-Bundesvorsitzende und Airbus-Betriebsratsmitglied Rainer Knoob an. Selbst bei Airbus glaubten ihm das nur wenige: Sie ließen Knoob bei den Wahlen zum Aufsichtsrat durchfallen.

Welches Spiel Bundesgeschäftsführer Gottfried Linn spielt, ist ebenfalls unklar. Der frühere Kommunikationsexperte der Bundeswehrakademie leitete unter Schelsky das Frankfurter AUB-Büro. Nach AUB-Angaben soll er unbelastet sein. Die »Wirtschaftswoche« recherchierte und fand heraus, dass auch Linn jahrelang von Siemens bezahlt wurde. Bei den »Unabhängigen« sitzt er dennoch weiter auf dem Stuhl.

UNABHÄNGIG?

Ex-AUB-Chef Schelsky war verdeckt als Lobbyist für Siemens tätig. »Es gab einen klaren Auftrag aus der Konzernspitze«, gab er zu.



KONFLIKTBEREIT?



Unter dem Deckmantel eines Tarifvertrags wird ein Billiglohn realisiert.

Sicher ist: Die publik gewordenen Schmiergelder haben die AUB mindestens 500 Mitglieder gekostet. Das sind viele Austritte, denn die Pseudogewerkschaft hat lediglich 9000 Mitglieder. Diese Zahl ist geschätzt. Denn weil es so wenige sind, veröffentlicht die AUB ihre Mitgliedszahlen nicht. Zum Vergleich: Die IG Metall hat 2,3 Millionen Mitglieder.

Dennoch: Die Gefahr arbeitgeberhöriger Vereinigungen in den Betrieben bleibt bestehen. So hat bei Siemens in Erlangen zwar die gesamte Gruppe der AUB-Betriebsräte ihre in Misskredit geratene »Arbeitsgemeinschaft« verlassen. Aber fast alle Mitglieder sind weiter aktiv. Sie nennen sich jetzt »Partner im Betrieb« und kuscheln mit der Geschäftsleitung wie eh und je. Heute, schwadroniert etwa Ex-AUB-Betriebsrat Eberhorn, bedürfe es keiner »Regelungen mehr, die behindern und beschränken«.

Ist die AUB für die IG Metall eine Gefahr? Nein, es gibt in den Betrieben keine Macht der Konservativen. Die AUB gewann im Organisationsbereich der IG Metall gerade mal 362 Betriebsratsmandate – gegenüber 53 192 der IG Metall. Aber das »Problem AUB« sollte

ernst genommen werden, warnt der »Trendreport« des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung. Auch wenn deren Wahlergebnisse nicht gerade besorgniserregend seien, könne diese »Gewerkschaft der Gewerkschaftsgegner« vor allem bei den Angestellten Fuß fassen.

Eine andere Pseudogewerkschaft im Organisationsbereich der IG Metall ist die »Christliche Gewerkschaft Metall« (CGM). An die CGM gingen bei den letzten Betriebsratswahlen lediglich 262 Mandate – nicht gerade ein Zeugnis für ihre betriebliche Präsenz und Beliebtheit. »Eine ohnmächtige Organisation, weil sie gar nicht in der Lage ist, Forderungen im Arbeitskampf durchzusetzen«, betonte Georgios Arwanitidis. Der Sprecher der IG Metall rückt damit das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vor zwei Jahren gerade, das die CGM als tariffähige Vereinigung anerkannte.

Dass die CGM dennoch Tarifverträge unterschreibt, kostet Beschäftigte viel Geld – wie jetzt im nordrhein-westfälischen Kfz-Handwerk. Während Belegschaften und IG Metall gegen längere Arbeitszeiten kämpften, unterschrieben CGM-Funktionäre hinterrücks einen



Dumping-Vertrag mit bis zu drei zusätzlichen, unbezahlten Wochenstunden. Die IG Metall wird in den Betrieben weiterkämpfen. Bezirksleiter Oliver Burkhard: »Jetzt gibt es Stress.«

Noch ärgerlicher ist auch, dass die Politik die CGM hätschelt. So wurde CGM-Vorsitzender Reinhard Schiller jüngst mit der baden-württembergischen Landesmedaille geehrt. Zur Erinnerung: Schiller hatte sich dafür eingesetzt, dass CGM-Mitglied und Nazi-Rocker Oliver Hilburger Arbeitsrichter bleibt. **metallzeitung** berichtete mehrmals darüber. Und auch Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) sympathisiert mit den Lohndrückern. Im Oktober richtete er ein Grußwort an den CGM-Bundeskongress. Vermutlich die Gegenleistung dafür, glaubt Hessens Bezirksleiter Armin Schild, dass die Organisation Initiativen für einen gesetzlichen Mindestlohn mit Gefälligkeitstarifverträgen unterläuft.

Für Leiharbeiter übernimmt die »Christliche Gewerkschaft Zeitarbeit und Personalserviceagenturen« (CGZP) diesen Bärenienst. Obwohl sie so gut wie keine Mitglieder hat, schnürt sie mit ihren Tarifverträgen hunderttausenden Leiharbeitern finanziell die Luft ab. Für die IG Metall ist klar, dass die gefällige CGZP ohne Mitglieder nicht tariffähig ist. »Unter dem Deckmantel eines Tarifvertrags wird ein Billigstlohn realisiert. Eine solche Vergütung kann eigentlich nur dann entstehen, wenn Arbeitgeberträume auf der Stelle erfüllt werden«, analysierte Arbeitsrechtler Peter Schüren die Rolle der Pseudogewerkschaften. Sie lassen sich vor den Karren der Chefs spannen. ■

Fritz Arnd@igmetall.de



CGM (Christliche Gewerkschaft Metall)

Sitz: Stuttgart, bundesweit 16 Geschäftsstellen sowie das »Franz-Rohr-Bildungswerk« in Bonn

Mitglieder: weniger als 100 000 (geschätzt, bundesweit)

Zum Vergleich: Die IG Metall hat 2,3 Millionen Mitglieder.

Vorsitzender: Reinhard Schiller

Betriebsräte im Organisationsbereich der IG Metall: 262 (IG Metall: 53 192 Betriebsräte)

ADIDAS

Weniger für Aktionäre – das wär doch fair

Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Sportartikelherstellers Adidas berichtete Sonia Lara den Aktionären, was eine Näherin in ihrem Heimatland El Salvador verdient. Den einen oder anderen machte sie nachdenklich.

Als die kleine Frau aus Südamerika mit den schwarzen Haaren und dem dunklen Teint ans Rednerpult tritt, ändert sich die Stimmung im Saal. Es kehrt Ruhe ein, die meisten bleiben jetzt sitzen. Aufmerksam folgen die Menschen in der Fürther Stadthalle ihren Worten: »Sehr geehrter Herr Hainer, sehr geehrte Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats, mein Name ist Sonia Lara, ich komme aus El Salvador«, sagt sie. »Ich möchte zu Ihnen über die Löhne sprechen, die eine Näherin in einer der Weltmarktfabriken El Salvadors verdient, wenn sie Kleidung für Adidas näht.« Die Gedanken im Saal sind fast greifbar, so als bildeten sich kleine Gedankenblasen über den Köpfen. Da steht jemand, der weiß, wovon er spricht. Jemand, der selbst in den Fabriken gearbeitet hat. Ihre Worte können die Aktionäre der Adidas-Hauptversammlung nicht einfach beiseite wischen.

Auf Sonia Lara passt nicht der Stempel »notorische Kritikerin«, den Adidas-Chef Herbert Hainer zuvor in seiner Eröffnungsrede vorsorglich ausgepackt hatte. Es gebe immer Leute, die einfach nicht einsehen wollen, dass ein erfolgreiches Unternehmen wie Adidas

auch sozial und ökologisch verantwortlich sein könne, hatte Hainer gesagt.

Mit seiner randlosen Brille, dem hellen Jackett und dem offenen Hemdkragen wirkt Manager Hainer mindestens so sportlich wie sein Unternehmen. Der dynamische Vorstandsvorsitzende will sich seinen Erfolg nicht schlecht reden lassen. Und so denken offenbar auch einige Aktionäre im Halbdunkel der Stadthalle.

Als nach ihm die ersten Kritiker ans Mikrofon treten, steht ein älterer Herr mit Hut auf. Er zieht den Hosenbund über seinen Bauch, stapft aus dem Saal und schnauft: »Das brauche ich jetzt wirklich nicht.« Mit jedem sozialen Appell an Adidas leert sich der Saal ein Stück mehr.

Erst als Sonia Lara nach vorne geht, bleiben die meisten sitzen. Als hätte sie der Anblick der kleinen Frau in der schlichten grauen Bluse an ihre Stühle gefesselt. Sonia Lara erzählt, dass eine Näherin, die in El Salvador Kleidung für Adidas näht, im Monat 162 Dollar bekommt. »Laut offiziellen Angaben betragen die Kosten des Grundwarenkorbs 729 Dollar«, sagt Sonia



Adidas-Chef Hainer ist kein Politiker.

Lara und drückt das Mikrofon ein Stück weiter zu sich herunter. »Eine Näherin braucht also vier Monatslöhne, um alles zu bezahlen.«

Das nachsichtige Lächeln, mit dem einige Zuhörer Laras Vorredner bedacht haben, verschwindet aus den Gesichtern. Ein junger Aktionär im karierten Hemd beugt sich zu seinem Sitznachbarn und sagt: »Dann sollen sie uns halt weniger auszahlen, und dafür die Löhne erhöhen. Das wäre doch fair.«

Für Adidas sind die kommenden Monate wichtig. Die Fußball-Europameisterschaft und Olympia stehen bevor – zwei sportliche Großereignisse, deren Glanz auch die Marke Adidas zum Leuchten bringen soll. Natürlich lässt Adidas sich das etwas kosten – Kritikern zufolge allein für Olympia zwischen 80 und 100 Millionen US-Dollar.

Vielleicht greift Hainer auch deshalb der Kritik an diesem Morgen vor. Der Konzern nehme die Debatten um die Olympischen Spiele in Peking sehr ernst. Er habe Respekt vor jeder Meinungsäußerung, sagt der Adidas-Chef in seiner Eröffnungsrede. Aber im selben Atemzug verwahrt er sich gegen Kritiker, die das Engagement von Adidas bei den Olympischen Spielen moralisieren wollen. Adidas sei kein politisches Unternehmen und er, Hainer, kein Politiker. Adidas wolle doch nur tolle Sportsachen für alle verkaufen.

Doch so einfach lassen sich die Kritiker nicht abspesen. Bereits am Morgen hatten sie die Aktionäre in der warmen Maisonette vor der Stadthalle mit Transparenten und einer Vorführung begrüßt. Nun stehen viele Aktivisten auf der Rednerliste. Gut zwei Stunden



Schuften in der Schuhfabrik. Theateraktion vor der Adidas-Hauptversammlung.



Eine Arbeiterin spricht zu ihren Auftraggebern: Sonia Lara während ihrer Rede auf der Adidas-Hauptversammlung.

Foto: CIR

lang geht es nicht um staubtrockene Aktionärsdebatten, sondern um Menschenrechte in China, Arbeiterinnen in El Salvador und um Löhne, die zum Leben reichen.

Zu den Rednern gehört auch Johanna Fincke von der Kampagne für saubere Kleidung. Sie erinnert Adidas an sein ehemaliges Zulieferunternehmen Hermosa in El Salvador. Die Fabrik war 2005 geschlossen worden, nachdem 63 der rund 260 Arbeiterinnen eine Gewerkschaft gegründet hatten. »Seit drei Jahren finden die Gewerkschafterinnen trotz zahlreicher Bewerbungen keine neue Arbeit«, sagt Johanna. Auf diese Rede reagiert Hainer sofort. Adidas habe sich um die Näherinnen gekümmert, obwohl der Zulieferer schon seit 2003 nicht für mehr sie arbeite. Rund 200 Arbeiterinnen hätten inzwi-

schen eine neue Anstellung, antwortet der Adidas-Chef. Es stimmt, räumt Maik Pflaum, ebenfalls von der Kampagne für saubere Kleidung, ein. 200 haben eine neue Stelle gefunden. Und zwar in jener Fabrik, die der alte Besitzer von Hermosa neu gegründet hat. Er stellte alle ehemaligen Näherinnen wieder ein. Bis auf die 63 Gewerkschafterinnen. Sie haben nach wie vor keinen Job. Während Pflaum redet, beugt sich der junge Aktionär im Karohemd zu seinem Sitznachbarn rüber und sagt: »Also, jetzt hat sich Hainer wirklich lächerlich gemacht.«

Auch in den Vorräumen, wo das Unternehmen seine Aktionäre mit Säften, Wasser und Würstchen versorgt, schallt aus allen Ecken die Debatte im Saal. Über Bildschirme sind die Redner allgegenwärtig. Gerade fragt Maik Pflaum nach, wie Adidas sich zu den

Löhnen in El Salvador verhalte. Herbert Hainer reagiert unwirsch: »Wir halten die nationalen Mindestlöhne ein.« Johanna Fincke steht neben einem Lautsprecher und schüttelt den Kopf. »Aber von denen kann in El Salvador niemand leben. Für Adidas ist es kein Problem, existenzsichernde Löhne zu zahlen. Der Lohnanteil liegt ohnehin unter einem Prozent.« Selbst wenn sie das auf den Preis draufschlagen, würden die Sachen nur ein paar Cent teurer.

Die Debatte ist vorbei und die Aktionäre haben abgestimmt. Auch der junge Mann im Karo-Hemd. Die Beiträge der Aktivisten hätten ihm zu denken gegeben, sagt er. Er habe diesmal gegen die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats gestimmt. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

KAMPAGNE FÜR SAUBERE KLEIDUNG

Hürden überwinden

- Die Kampagne für saubere Kleidung ist ein Netzwerk, in dem über 300 Gruppen wie Gewerkschaften, kirchliche Gruppen und Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten. Die Kampagne gibt es in zwölf Ländern. Ihr Ziel sind bessere Arbeitsbedingungen in der Bekleidungs- und Sportartikelindustrie.
- »Die Hürden überwinden« heißt ein aktueller Bericht über Arbeitsbedingungen in der Sportartikelindustrie.

► www.sauberekleidung.de

WER VERDIENT AM TURNSCHUH?



Vom Verkaufspreis eines Turnschuhs fließt nur ein verschwindend geringer Anteil in die Taschen der Näherinnen in den Fabriken rund um den Globus. Der Lohnanteil macht gerade einmal 0,4 Prozent aus.

Quelle: Kampagne für saubere Kleidung

DER LESER HAT DAS WORT

Nicht zum Nulltarif**metallzeitung 5/2008, Editorial,****»Die neue Altersteilzeit – für jung für alt, für alle«**

»Herr Huber sollte nicht nur A sondern auch B sagen. Die IG Metall-Mitglieder sollten genau wissen, dass sie mit Renteneinbußen rechnen müssen. Denn sonst entsteht der Eindruck, dass man die Altersteilzeit zum Nulltarif bekommen könnte.«

Hans-Peter Mathey, Dillingen**Anerkennung für Moneta****metallzeitung 5/2008, Aktuell,****»Anwältin der Arbeitnehmer – 60 Jahre metallzeitung«**

»Das regionale Forum für Verwaltungsstellen und Bezirke gab es in metall längst vor der grafischen Umgestaltung Ende der 70er Jahre. Bereits in den 60er Jahren gab es Lokalseiten in der Zeitung metall, so zum Beispiel von den Verwaltungsstellen Berlin, Düsseldorf, Mülheim/Ruhr und Rheinhausen. Für die Lokalredakteure gab es damals schon Seminare in der IG Metall-Bildungsstätte Heidehof, geleitet von dem stellvertretenden Chefredakteur Götz-Dieter Nehrlich und dem IG Metall-Redakteur Horst Berger. Betreut wurden die Lokalseiten zunächst von Wilhelm Coprian und später von Helmuth Hillgärtner. Das Verdienst, die Notwendigkeit der Regionalisierung frühzeitig erkannt zu haben, kommt somit Jakob Moneta zu, metall-Chefredakteur von 1962–1978.«

Edmund Möller, langjähriger Redakteur der IG Metall-Zeitschrift »Der Gewerkschafter«

Fragwürdige Daten**metallzeitung 5/2008, Aktuell,****»Betriebsrat neu beleuchtet«**

»Mit dem Artikel habt ihr uns ja einen »Bärendienst« erwiesen. Ich wurde einige Male zum Thema angesprochen, das jetzt auch durch die IG Metall bestätigt worden ist. Und zwar, dass Betriebsräte einiges mehr an Geld erhalten, als vergleichbare Kollegen. Dass dem nicht so ist, haben wir bei der Umsetzung des Era-Tarifvertrags bestätigt bekommen. In manchen

Situationen war schon einiges an Argumentation unsererseits nötig, um den Arbeitgebern klarzumachen, dass sich auch Betriebsräte, – trotz ihrer Tätigkeit – in ihrem Arbeitsumfeld weiterentwickeln und somit vergleichbar wie ihre Kollegen bezahlt werden müssen. Daher stelle ich die Aussage des Artikels in Frage. Ich kann auch nicht nachvollziehen, wie die Daten für den Artikel ermittelt wurden und halte die Darstellung für sehr fragwürdig.«

Heinz Wachter, Betriebsrat, Nokia Siemens Networks, Bruchsal

»Gefahr für Leib und Leben«**metallzeitung 5/2008, Aktuell,****»Leiharbeit: Bessere Wirklichkeit in den Betrieben schaffen«**

»Seit fünf Jahre bin ich als Leiharbeiter tätig und arbeitete als E-Monteur. Ich brauchte Geld und vertraute darauf, einen besseren Job zu erhalten. Einmal setzte man uns zu Asbestsanierungsarbeiten ein – ohne Belehrung über die Gefährlichkeit. Oder wir mussten

bei Minusgraden auf dem ungeheizten Bau arbeiten. Wir werden oft für Arbeiten eingesetzt, die man den eigenen Leuten wegen einer Gefährdung nicht zumutet. Man kann nur durch Fleiß überzeugen. Aber ob dabei die Gesundheit ruiniert wird, zählt nicht.«

Karl Rainer Flick, Lampertheim**Aber bitte ohne Abschlüge****metallzeitung 5/2008, Titel,****»Altersteilzeit – Ohne wird's für alle eng«**

»Nicht alle Menschen sind gleich. Es gibt körperlich schwere Arbeit.

Es gibt Menschen die ständig unter hohem Stress arbeiten müssen. Sind diese Menschen vorzeitig mit ihren Kräften am Ende, muss die Möglichkeit bestehen, dass sie früher in Rente gehen können. Ich habe meinen Arbeitsplatz für einen jüngeren tatkräftigen Kollegen geräumt und bekomme jetzt 18 Prozent weniger Rente, so lange ich lebe. Wer jungen Menschen vorzeitig Platz macht, sollte dafür nicht bestraft werden.«

Joachim Tempel, Leinfelden-Echterdingen

MITMACHEN

SAGT UNS EURE MEINUNG

Die Redaktion freut sich über Leserbriefe: Entweder per Post an **metallzeitung**, Stichwort Leserbriefe, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt oder per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de. Bei Zuschriften per E-Mail bitte den Vor- und Nachnamen sowie den Wohnort angeben. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen. Auch unsere Hotline ist wieder besetzt. Montags bis freitags zwischen 10 und 15 Uhr unter der kostenlosen Telefonnummer:

0800 – 446 38 25

LESERFOTO DES MONATS



Metallerin Petra Dindas aus Jülich-Güsten nahm dieses Foto in Griechenland im Jahr 2004 auf: ein Herrenfriseur in der griechischen Stadt Katerini an der Olympischen Rivera. Petra Dindas über ihr Bild: »Warum ich dieses Bild schoss? Weil die Sicht so herrlich nostalgisch war – und weil es doch tatsächlich im Jahr 2004 aufgenommen wurde.«

MITMACHEN

FOTOWETTBEWERB DER IG METALL

Schicke uns dein Digitalfoto zum Thema: **»Mensch und Arbeit«**. Für die Veröffentlichung in der metallzeitung gibt es diesmal als Preis eine rote Drei-Zellen-Taschenlampe der Firma Maglite. Nähere Informationen und Teilnahmebedingungen zum Fotowettbewerb findest du unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

ZU BESUCH BEI DORIS DITMAYR

Bei jedem Heimspiel mit dabei

Der 1. FFC Frankfurt ist der erfolgreichste Fußballclub Europas. Gerade hat er in Berlin zum siebten Mal den DFB-Pokal geholt. An diesem Erfolg hat auch die Erste Vorsitzende Doris Dietmayr ihren Anteil. Sie ist Metallerin und arbeitete 17 Jahre in der IG Metall-Vorstandsverwaltung in Frankfurt am Main.

»Das wird schwierig. Wir haben Englische Woche. Meisterschaftsspiel. UEFA-Cup. Pokal-Endspiel. Am Donnerstag fliegen wir nach Berlin«, beschreibt Doris Dietmayr die aktuelle Terminhetze, »für einen Fototermin sehe ich schwarz.« Mit ihrem Kurzhaarschnitt wirkt die Erste Vorsitzende von Europas erfolgreichstem Fußballclub so bestimmt, dass jeglicher Widerspruch überflüssig erscheint.

Womöglich hat sie sich ihre Disziplin während der 17 Jahre in der IG Metall-Vorstandsverwaltung geholt. Dietmayrs Schreibtisch stand in der zweiten Etage, wo sie das Ressort »Qualifizierung und Beratung« leitete – bis zum vergangenen Jahreswechsel. Danach verabschiedete sie sich in die Altersteilzeit und hatte noch mehr Zeit für ihren 1. FFC. »Metallerin bin ich aber immer noch«, fügt sie flugs hinzu, »die Arbeit hat mir immer viel Spaß gemacht und ich habe meine Kollegen nicht vergessen. Aber die Zukunft muss der Jugend gehören.«

Dass sie ehrenamtlich arbeitet und keinen Cent erhält, ändert nichts an ihrem Engagement. »Ich muss aufpassen, dass ich noch zu meinen Hobbys komme«, sagt Dietmayr und lächelt verschmitzt. Manche Touren mit dem Mountain-Bike fallen jetzt aus. Umso länger ziehen sich ihre Einsatzzeiten in Rödelheim. Gleich steht ein Gespräch mit einer jungen Spielerin der U 23 an. Die Mannschaft spielt in der zweiten Bundesliga. Es geht dabei um die nächste Saison und Zukunftsperspektiven der Nachwuchsspielerinnen. Danach muss sie raus ins Stadion am Brentanobad, um sich mit Trainern auszutauschen. Feierabend gibt es dann



Die 1. FFC-Vorsitzende und Metallerin Doris Dietmayr sowie Spielerinnen auf dem Trainingsgelände am Brentanobad in Frankfurt am Main.

immer noch nicht. »Vor 23 Uhr komme ich heute nicht nach Hause«, sagt Dietmayr und lehnt sich in ihrem weißen Ledersessel in ihrem Büro zurück.

Nicht, dass sie selbst eine gute Kickerin war. Aber bei jedem Heimspiel der ersten Mannschaft fiebert sie am Brentanobad mit. »Wenn die Mannschaft aufläuft, bin ich so aufgeregt, als wäre ich selbst dabei.«

Beim Pokalendspiel in Berlin ist es immer besonders schlimm. Obwohl die Mannschaft schon zehn Mal im Endspiel stand und den Pott schon sieben Mal gewonnen hat. »Wenn man weiß, als Gründungsmitglied ein Teil des 1. FFC zu sein, das ist ein ganz tolles Gefühl«, sagt die Altersteilzeiterin.

Natürlich kennt sie die fußballerischen Qualitäten ihrer Mädels genau. Und natürlich wird sie von allen Spielerinnen geduzt. »Ich brauche den engen Kontakt zu den Menschen«, sagt Dietmayr, »das hat mir auch bei der IG Metall am meisten Freude gemacht.«

Ganz besonders nah ist ihr die U 23. »Die Jugendarbeit ist mir ans Herz gewachsen«, sagt die Vorsitzende, »wir versuchen junge Spielerinnen an den 1. FFC zu binden und den Nachwuchs selbst auszubilden.«

Mit selbst qualifizierten Fachkräften die Zukunft sichern, das erinnert an die IG Metall. Nein, neue Mitglieder wirbt Dietmayr beim 1. FFC nicht. Aber als sie ihre Abschiedsparty in der Wilhelm-Leuschner-Straße gab, waren auch Spielerinnen der U 23 mit dabei. »Zwei Trainer haben Bier gezapft«, schmunzelt sie, »und Spielerinnen haben bedient. Das hat allen viel Spaß gemacht.« ■

Fritz.Arndt@igmetall.de

RECHT SO

Fußball-EM: Radiohören bei der Arbeit ist erlaubt

metallzeitung: Am 7. Juni startet die Fußball-Europameisterschaft. Doch welche »Fernsehrechte« haben eigentlich Beschäftigte? Ist es erlaubt, am Arbeitsplatz Fußball zu gucken oder zu hören? Darf man in der Pause die Nationalmannschaft anfeuern?

Carsten Schuld: Die meisten Arbeitnehmer haben bei der Arbeit keine Erlaubnis und Gelegenheit, Fernsehen zu gucken. Vielleicht macht der Arbeitgeber zur EM eine Ausnahme – er muss es aber nicht. Nur wer üblicherweise ein Fernsehgerät am Arbeitsplatz stehen hat, kann davon ausgehen, dass er auch während der Arbeitszeit nebenher einen Blick auf die Mattscheibe werfen darf.

Häufiger am Arbeitsplatz vorzufinden sind Radiogeräte. Soweit diese gestattet sind, gibt es für den Arbeitgeber keinen Grund, das Radio hören ausgerechnet während der EM zu untersagen. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat entschieden, dass Arbeitnehmer ihre Arbeitspflicht auch während des Radiohörens ordnungsgemäß erfüllen, wenn sie konzentriert, zügig und fehlerfrei arbeiten.

Darum stehen die Chancen gut, ein Radiogerät auch zur EM genehmigt zu bekommen. Aber: Für private Rundfunkgeräte am Arbeitsplatz muss die sogenannte GEZ-Gebühr gezahlt werden – unabhängig von bereits in der Privatwohnung gemeldeten Geräten. Das gilt auch, wenn diese nur ab und an zur Arbeit mitgenommen werden.

Carsten Schuld, Jurist beim DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Eure Fragen.

Will der Chef das Radio verbieten, hat der Betriebsrat mitzureden. Gleiches gilt für das Sehen und Hören via Internet.

Beliebt sein wird wieder das Tipp-Spielen und Tauschen von Fußball-Bildchen. Meint der Chef, dies würde die Arbeit zu sehr beeinträchtigen, kann er es verbieten. Was in der Pause getauscht wird, geht den Arbeitgeber nichts an.

Das fast obligatorische Bierchen zum Spiel hat am Arbeitsplatz nichts zu suchen. Selbst wenn eine Ausnahme gemacht wird, sollten Metaller aufpassen, keinen über den Durst zu trinken. Sonst drohen arbeitsrechtliche Konsequenzen.

Gleiches gilt für die Kleiderordnung: Auch während der Meisterschaft sollten sich Beschäftigte branchenüblich kleiden und das Fan-Trikot erst nach Feierabend überziehen. ■



Foto: Jürgen Hedwig

Weitere Fragen rund um den Rechtsschutz?

Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

- www.igmetall.de/metallzeitung
- www.dgbrechtsschutz.de

SERVICE

Die IG Metall unterstützt

Wenn ein lieber Mensch stirbt, steht die Trauer im Vordergrund. Hinzu kommen nicht selten auch noch finanzielle Sorgen. Darum zahlt die IG Metall an ihre Mitglieder oder deren Hinterbliebenen im Todesfall eine Unterstützung.

Die Gesamtkosten einer Beerdigung können sich schnell auf mehrere Tausend Euro summieren. Bestattungskosten, Grab, Danksagungen, Blumenschmuck, Zeitungsanzeige, Trauerkleidung, Grabstein und Grabpflege – all das muss dann aufgebracht werden.

Krankenkassen haben das Sterbegeld bereits seit 2004 aus ihrem Leistungskatalog gestrichen. Hinterbliebene müssen für Kosten rund um die Beisetzung alleine aufkommen. Denn: Wer hat für den Trauerfall schon vorgesorgt?

Darum zahlt die IG Metall ihren Mitgliedern oder deren Hinterbliebenen im Todesfall eine Unterstützung. Sie mildert zwar nicht die Trauer, aber schafft etwas finanziellen Trost.

Die Leistungen für Mitglieder

Stirbt ein IG Metall-Mitglied, bekommen die Hinterbliebenen die finanzielle Unterstützung. Die Höhe ist von der Dauer der Mit-



gliedschaft abhängig. Beispiel: Die Person ist 20 Jahre Mitglied der IG Metall und zahlt einen Beitrag von 20 Euro im Monat, der sich nach dem Berechnungsfaktor dann auf das 31,5-fache beläuft. Hinterbliebene bekämen dann 630 Euro gezahlt.

Der Job-Navigator – Online

Für Metallerinnen und Metaller, die sich beruflich fit halten wollen.

Wer mit veränderten Arbeitsbedingungen und -anforderungen Schritt halten will, für den ist berufliche Qualifizierung wichtig. Der Job-Navigator von der IG Metall hilft dabei, die beruflichen Ziele, Fähigkeiten und Perspektiven zu finden. Zum Job-Navigator gehört ein persönliches Kompetenz-Handbuch, mit dem die eigenen beruflichen Fähigkeiten selbst erfasst und bewertet werden.

Angeboten wird auch eine individuelle Potenzialanalyse, die von externen Expertinnen und Experten erstellt wird, ein Beratungsservice und eine Weiterbildungsscheckliste. Mitglieder erhalten über die IG Metall-Servicegesellschaft günstigste Konditionen sowie eine Fülle von Informationen rund um Arbeit und Beruf. **ap**

► www.igmservice.de

zt auch im Todesfall



»Ich bin nicht tot, ich tausche nur die Räume, ich leb' in euch und geh' durch eure Träume.«

Michelangelo

stützung die Hälfte der Sätze be- tragen. Am Beispiel des genannten Falls würde ein IG Metall-Mitglied 315 Euro bekommen.

Die Leistungen für Rentner

Bei Rentnerinnen und Rentner werden unabhängig vom aktuellen Beitrag immer die letzten zwölf Beiträge während der Arbeit zu- grunde gelegt. Beispiel: Ein Rent- ner zahlt zur Zeit einen Beitrag von 7,50 Euro und hat als aktiv Be- schäftigter zuletzt aber einen mo- natlichen Mitgliedsbeitrag von 25 Euro. Im Todesfall würden Hinter- bliebene dann 788 Euro (Berech- nung: 25 Euro mal 31,5) erhalten.

Im Mitgliedsbeitrag enthalten

Die Unterstützung im Todesfall ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Gut also, Mitglied der Gewerkschaft zu sein. Denn: Anspruch auf die Un- terstützung im Todesfall haben nur Mitglieder der IG Metall. Die Unterstützung muss binnen drei Monaten nach Ableben bei der zu- ständigen IG Metall-Verwaltungs- stelle des Mitglieds beantragt werden. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

► www.igmetall.de/metallzeitung

Die Leistungen für Hinterbliebene

Hinterbliebene bekommen eine Unterstützung, wenn sie mit dem verstorbenen IG Metall-Mitglied verheiratet waren oder in einer häuslichen Lebensgemeinschaft gelebt haben. Beim Todesfall des Lebensgefährten würde die Unter-

Keine Meldung am Wochenende

Wer freitags gekündigt wird, darf dienstags zur Arbeitsagentur.



Für Tage, an denen das Arbeitsamt nicht geöffnet hat, besteht keine Meldefrist.

Das Wochenende zählt nicht zur dreitägigen Meldepflicht bei der Arbeitsagentur. Die Frist laufe nur an den Tagen, an denen die Agen- tur auch dienstbereit sei, entschied das Sozialgericht Dresden. Die Ar- beitsagentur vertrat die Auffas- sung, dass der Kläger sich spätestens am Montag hätte mel- den müssen und verhängte eine Sperre, die das Sozialgericht aufge- hoben hat (S 34 AL 769/07). **ap**

WAS MICH BESCHÄFTIGT

Gibt es Nazi-Informanten in der Stadtverwaltung?

metallzeitung sprach mit Dorothee Wolf von der IG Metall Erfurt. Die NPD zeigte sie wegen Blockade einer Nazi-Demo an.

metallzeitung: Wie habt ihr denn die NPD-Demo blockiert?

Wolf: Die NPD wollte vergangenes Jahr am 1. Mai in Erfurt demon- strieren. Nach der DGB-Kundge- bung machten wir ein Grillfest in unserem Jugendclub. Als wir sa- hen, wie dort die bislang geheime Nazi-Demoroute abgesperrt wur- de, haben wir uns einfach auf die Straße gesetzt. Über 1000 kamen nach und nach dazu.

metallzeitung: Was tat die Polizei?

Wolf: Ich habe beim Ordnungs- amt eine Spontandemo ange- meldet – auf meinen Namen. So haben wir Zeit gewonnen. Die Polizei hat die Nazis dann gar nicht bis zu uns durchgelassen. Der NPD-Marsch war geplatzt.

metallzeitung: Wie hat die NPD reagiert?

Wolf: Im Juli erstattete der NPD- Bundesgeschäftsführer Schwerdt Anzeige gegen mich. Die Kripo hat die Anzeige mittlerweile fal- len gelassen. Aber: Woher kann- te die NPD meine persönlichen Daten? Die habe ich ja nur dem Ordnungsamt gegeben.



Dorothee Wolf von der IG Metall Erfurt: Stadt gab ihre Daten an Nazis.

metallzeitung: Was hast du dage- gen unternommen?

Wolf: Ich habe eine Dienstauf- sichtsbeschwerde eingereicht. Aber die wurde jetzt einfach ab- gewiesen. Dabei hat der NPD- Kreisvorsitzende schon selbst zugegeben, »gute Beziehungen« zu haben. Dieses Loch muss ge- stopft werden. Die NPD kann mit solchen Infos ihre Gegner einschüchtern. Und andere sind da weniger geschützt als ich. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

MENSCHEN, DIE BEWEGEN



Fußball-Karten gewonnen

Im April verlorste die IG Metall-Servicegesellschaft Karten für das DFB-Pokal-Endspiel Dortmund gegen Bayern am 19. April. Für die Gewinner, Metaller **Klaus-Peter Köhler** (rechts) und seinem Sohn aus Großrinderfeld, ein toller Tag. Das Spiel gewannen die Bayern. Die beiden Gewinner drückten dem Ge- winner-Club die Daumen.



Stuhl aus metallzeitungen gebastelt

Da staunte die Redaktion nicht schlecht: **Regina Ha- gelstein**, die Schwester unserer Redaktionsassis- tentin Marion Brunsfeld, kam zu Besuch und brachte einen Stuhl mit. Rund 20 **metallzeitungen** brauchte sie, um den Stuhl zu bekleben – auch eine Mög- lichkeit, Altpapier zu recyceln. Der Stuhl bekam ei- nen Ehrenplatz im Zeitungszimmer der Redaktion.

LAUT UND LEISE

Fotoausstellung »Lebenswelt Arbeitswelt«

metallzeitung-Fotograf Manfred Vollmer zeigt Fotos aus Betrieben in NRW. Menschen bei der Arbeit, in der Ausbildung und beim Kampf um ihre Arbeit sind das Thema der Fotoausstellung, die bis zum 13. Juli im Kultur- und Stadthistorischen Museum Duisburg zu sehen ist. Die Bilder dokumentieren auch den Wandel der Arbeitswelt, die Veränderungen der Arbeitsbedingungen und die Krisen. Von der Großbäckerei bis zur Stahlbude. Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit der IG Metall Duisburg. **de**

Mehr Infos auf der Internetseite des Stadtmuseums Duisburg: ► www.stadtmuseum-duisburg.de



Metallerband »Reumadecke« rockt politisch

Die vier jungen Metaller rocken auf Gewerkschaftsveranstaltungen, mit politischem, humorvollem Ska-Punk. »Reumadecke« (das fehlende »h« ist Kult) singt gegen Nazis und über die Probleme von Jugendlichen in unserer Gesellschaft. »Reumadecke« ist auch international auf Festivals gegen Rassismus unterwegs. Ihren Proberaum im Keller der

IG Metall Halle teilen sich Matjes, Georg, Hanes und Toni mit einer anderen IG Metall-Band, den »Working Class Heroes«. Auf der Internetseite von Reumadecke sind Lieder wie »Zeig Dein Gesicht« oder »Abgepacktes Rinderhack« zu hören. **de**

»Reumadecke« im Internet:

► www.myspace.com/reumadecke



Foto: Silvia Hauptmann

Argumente gegen neoliberale Billig-Rezepte

Hartmut Görgens' Buch räumt auf mit der »neoliberalen Medizin«. Niedriglöhne bringen nichts. Mit zahlreichen Tabellen und Grafiken

widerlegt Volkswirtschaftler Görgens, dass hohe Löhne und Steuern schuld an der Arbeitslosigkeit seien. Die Diagnose ist andersherum: Die schwache Lohnentwicklung ist schuld – neben der neoliberalen Politik und der Konzentration der Märkte. Also: Andere Rezepte müssen her. Ein Analyse- und Nachschlagewerk für die fundierte Diskussion. **de**

Hartmut Görgens: »Sind die Löhne in Deutschland zu hoch?«, Marburg 2008, 437 S., 19,90 Euro

► www.boeckler.de → Veröffentlichungen



MITMACHEN SENDET UNS EURE VORSCHLÄGE

Wir veröffentlichen laute und leise Töne, Filme, Ausstellungen, Aktionen, Bücher, von metallzeitung-Leserinnen und -Lesern. Wir suchen Künstlerinnen und Künstler, die sich für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit stark machen. Die Auswahl behält sich die Redaktion vor. E-Mail an: ► metallzeitung@igmetall.de

GUTER RAT

Volles Arbeitslosengeld auch nach Teilzeitjob

Wenn Teilzeitbeschäftigte ihren Job verlieren, können sie trotzdem einen Anspruch auf volles Arbeitslosengeld haben.



Foto: Michael Begsteiger / bildmaschine.de

Nicht immer führt Teilzeit bei Kündigung zu geringerem Arbeitslosengeld.

Wer seine Arbeitszeit verkürzt, verdient weniger. Und wem der Unternehmer weniger überweist, der erhält – im Falle einer anschließenden Arbeitslosigkeit – weniger vom Arbeitsamt.

Allerdings: Unter Umständen zahlt das Arbeitsamt denjenigen, die erst ihre Arbeitszeit reduzieren und dann ihre Stelle verlieren so viel, als wären sie bis zuletzt

mit unveränderter Arbeitszeit tätig gewesen. Wer etwa unmittelbar vor seiner Arbeitslosigkeit drei Jahre lang eine 30-Stunden-Job nachging, vorher aber sechs volle Monate die im Betrieb üblichen 38-Stunden-Woche »voll« tätig war, erfüllt all diese Voraussetzungen. Die Folge: Das Arbeitslosengeld wird auf der Basis des Vollzeit-Entgelts berechnet. Das bestimmt Paragraph 130, Absatz 2, Nummer 4 des dritten Sozialgesetzbuchs (SGB III).

Voraussetzungen: Die Arbeitszeit muss um mindestens fünf Stunden verkürzt worden sein. Zum anderen muss die verkürzte Arbeitszeit mehr als ein Fünftel unter einer vergleichbaren Vollzeitbeschäftigung liegen – es muss sich also nachweisbar um eine Teilzeitstelle gehandelt haben. Zudem müssen Betroffene innerhalb der letzten 42 Monate mindestens sechs Monate lang die Beschäftigung mit der längeren Wochenarbeitszeit ausgeübt haben, und zwar ununterbrochen.

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Wichtig ist zudem:

■ **Das Arbeitsamt** weiß in der Regel nicht, dass bei einem Arbeitslosen die skizzierte Sonderregelung vorliegt. Wer sich darauf berufen will, sollte deshalb ausdrücklich darauf hinweisen.

■ **Das Personalbüro** darauf hinweisen, dass in der ausgefüllten Arbeitsbescheinigung (unter Punkt 7) die Abweichung der Arbeitszeit in den letzten 42 Monaten des Beschäftigungsverhältnisses einzutragen ist.

RÄTSEL

1	2	3	4		5		6		7	8	9
10	11				11				12		7
13					14			15	16	10	
		17		6		18	2				
19	20	12			21					22	
23					24			25	26		
			27		9		28		8		29
30		31			32	33			34		
		35		36		37	1	38		39	
40	41	4			42	43		3	44		
45			46				47				48
49		50			51	52			53	54	
		55		56				57		5	
58						59					

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

WAAGERECHT

- 1 alte Aristokratie
- 6 starker Kämpfer zur Ritterzeit
- 10 Erzbergwerk
- 11 Kosenname des Großvaters
- 12 italienisches Fernsehen (Abkürzung)
- 13 Parole, Leitspruch
- 15 norddeutsch: Mädchen
- 17 schneller Zug (Abkürzung)
- 18 Stadt an der Nagold
- 19 mündungsnaher Flussteil
- 22 Autokennzeichen von Freiburg
- 23 lustiger Unfug
- 24 chemisches Element
- 25 Code der europäischen Währung
- 27 Autokennzeichen von Dachau
- 28 feierliche Amtstracht
- 30 Dauergebäck
- 32 deutscher Komponist † (Werner)
- 34 die eigene Person
- 35 Abbildung (Abkürzung)
- 37 Apothekenangestellte (Abkürzung)
- 39 Autokennzeichen von Helmstedt
- 40 Autokennzeichen von Wismar
- 42 Zeitungsanzeige
- 45 Autokennzeichen von Kempten
- 46 Schal aus Federn
- 47 vollbrachte Handlung
- 49 Börsenaufgeld
- 51 ehemaliges Schiffsraummaß (Abk.)
- 53 Teil des Pferdefußes
- 55 Brauerei
- 57 Backtreibmittel
- 58 Verbandmaterial
- 59 oberbayerischer Kurort

SENKRECHT

- 1 Rundsreiben in einem Betrieb
- 2 brasilianischer Hafen
- 3 Jagdkanzel
- 4 englisch: Estand beim Tennis
- 5 Schiffstacho
- 6 Krach, Lärm
- 7 Flugzeugbesatzung
- 8 Gebirgsmulde
- 9 Sportboot
- 14 Seebad an der Costa del Sol
- 16 Strafstoß (ugs.)
- 18 Konstruieren am PC
- 20 Anfängerin
- 21 lichte Glut
- 22 Warenladung
- 26 einfarbig
- 27 Deutscher Sportbund (Abkürzung)
- 28 Musik für acht Stimmen
- 29 englischer Artikel
- 30 weibliches Tierkind
- 31 Hafenmauer
- 33 Globales Positionssystem (Abkürzung)
- 36 griechische Vorsilbe für: leben...
- 38 Papagei
- 41 breiter Pfad
- 43 Radmittelhülle
- 44 Stadt der Olympischen Sommerspiele 2004
- 46 Wandbrett
- 48 Kletterpflanze mit Haftwurzeln
- 50 arabischer Namensteil
- 52 Zutat zum Grog
- 54 russische Stadt am Südrural
- 56 Initialen Einsteins
- 57 ein ARD-Sender (Abkürzung)

Die Gewinner

Das Lösungswort
aus April lautete:
Gleiche Arbeit, gleicher Lohn

Erster Preis:
Pia Wittig, Daun

Zweiter Preis:
Paul Lütticke, Siegen

Dritter Preis:
Klaus-Dieter Schirra, Wadern

Zu gewinnen sind dieses Mal



Erster Preis
Vier Übernachtungen für zwei
Personen im IFA Schöneck Hotel
& Ferienpark *** / Schöneck.



Zweiter Preis
Ein original Steiff-Teddy
»Petsy«.



Dritter Preis
Eine interaktive Lernsoftware
»Pons – Der große Aufbaukurs
Englisch«.

Das Lösungswort unter Angabe des Vor-, Nachnamen und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an:
Redaktion **metallzeitung**, Preisrätsel, 60239 Frankfurt. Oder per E-Mail an: **raetsel@igmetall.de**

Hinweis: Bei der Preisrätsel-Anschrift handelt es sich um ein Postfach, in dem ausschließlich Lösungszuschriften
ankommen. Die Redaktion erhält die Karten nach Einsendeschluss, die Ziehung erfolgt nach dem Zufallsprinzip.
Mitteilungen wie Adressänderungen oder Fragen zur Ausgabe bitte an die auf Seite 16 genannte Anschrift senden.

Einsendeschluss:
25. Juni 2008

DA GEHT WAS

»Max 2010«: Motor statt Bremse

Vor 15 Jahren war die Schmiede im Völklinger Hauptwerk tot gesagt. Seit Anfang 2007 ist sie eigenständige Tochter der AG, schreibt fette schwarze Zahlen und bietet rund 750 Beschäftigten Lohn und Brot. Ab Mai 2010 werden es über 1100 Beschäftigte sein. Dann ist das Projekt »Max 2010« vollendet – eine neue Schmiede auf dem Saarstahl-Gelände.



Die riesige Baugrube der Großbaustelle für die modernste Freiformschmiede in Völklingen ist schon ausgehoben.

Foto: FM

»Hätte es die Mitbestimmung und den Widerstand der Belegschaft nicht gegeben, wäre die Schmiede längst verschrottet oder verkauft worden.« Darin sind sich Werner Fries, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Saarstahl AG und auch Betriebsratsvorsitzender in Völklingen, sein Stellvertreter Karl-Heinz Weimar, der Völklinger IG Metall-Bevollmächtigte Robert Hiry und auch Karlheinz Blessing, Arbeitsdirektor der Dillinger Hütte und der Saarstahl AG in Personalunion, einig.

Sie haben Grund zur Freude, dass sich die Arbeitnehmervertreter erst gegen den Konkursverwalter und später auch gegen die Vorstände durchgesetzt haben. Die Freiformschmiede macht fette Gewinne. Sie ist ein Symbol dafür, dass Herstellung und Weiterverarbeitung von Stahl nicht altes Eisen sind, sondern High-Tech.

MEHR ZUM THEMA

Erfolgsgeschichte

Bis 2010 sollen in drei Jahren über 1,5 Milliarden Euro in alle saarländischen Stahlstandorte inklusive Dillinger Hütte investiert werden. Etwa 360 neue Arbeitsplätze entstehen. Und weil die Stahlwerke mit der neuen Schmiede einen Abnehmer mehr haben, werden alle rund 6500 Stellen sicherer.

In der Völklinger Schmiede werden Generatoren- und Turbinenwellen für Kraftwerke in einer Qualität geschmiedet, die für sehr hohe Wirkungsgrade sorgt. Hier werden Tanks für die Europarakte Ariane hergestellt. Und andere Einzelstücke, an die die Abnehmer – meist aus dem Kraftwerksbau – jeweils hohe Qualitätsanforderungen stellen.

Zu den Anforderungen gehören auch neue Werkstoffe und Produktionsverfahren. Der Standard sei so hoch, dass er von kaum einer anderen Schmiede erreicht werde.

Entsprechend voll sind die Auftragsbücher. Und weil der Energiebedarf weltweit steigt, werden zum einen mehr Kraftwerke gebraucht, die zum zweiten hohen Wirkungsgrade erzielen und drittens die Umwelt schonen müssen. Der Markt für hochwertige Generatoren, Turbinen und andere Schmiedeteile wird – so sehen es Experten – kräftig weiter wachsen. Also wurde das Projekt »Max 2010« – eine zweite Schmiede – beschlossen, um davon zu profitieren. Der Umsatz soll sich verdoppeln.

Die riesige Baugrube für die neue Anlage ist schon ausgehoben. 600 mal 100 Meter soll sie beanspruchen. 450 Millionen

Euro kostet die Investition. Rund ein Drittel wird in der Region ausgegeben. Etwa 360 zusätzliche Jobs entstehen. Die ersten Bewerbungen liegen schon vor. Die neue »Forge Saar« soll die »modernste und effizienteste Freiformschmiede der Welt« werden, heißt es in einer Selbstdarstellung. Und weil die Stahlwerke mit der neuen Schmiede einen Abnehmer mehr haben, werden alle rund 6500 Arbeitsplätze in den Saar-Standorten sicherer.

Lange habe bei der CDU-Landesregierung Stahl nur in Verbindung mit Krise gestanden, mit Old Economy, sagt Karlheinz Blessing. »Wirtschaftsminister Rippel sonnt sich heute in der Erfolgsgeschichte der Stahlindustrie«, nimmt der Betriebsrat diesen Mentalitätswechsel mit Genugtuung zur Kenntnis. ■

Hartwig.Oertel@igmetall.de

DIE GUTE IDEE

Netzwerk für Austausch und Völkerfreundschaft

Über die Internetplattform »Comitas Inter Gentes« organisieren Menschen weltweit Kulturaustausche und Projekte gegen Armut.

Innerhalb weniger Monate hat Sascha Bretag Menschen aus aller Welt getroffen, war unter anderem auf einem Filmfestival in Chicago, hat mit Australiern in Avignon gefeiert, hat eine Stadtführung von einem Isländer in Konstanz bekommen und hatte den Südafrikaner Jerome Scott bei sich zu Gast. Über Internet spricht er regelmäßig mit Freunden von den Philippinen bis Kanada.

»Bei meinen Auslandsaufenthalten wurde ich als Gast aufgenommen. Ich bin sozusagen zu einem Familienmitglied geworden«, erzählt Bretag, Metaller und Entwickler bei VW in Wolfsburg. »Durch solche Austausche lernt man andere Kulturen kennen und beseitigt Vorurteile.«

Die Kontakte hat Bretag über das von ihm gegründete Internet-Netzwerk »Comitas Inter Gentes« (C.I.G.) aufgebaut. C.I.G. gibt es erst seit Juni 2007, und es hat mittlerweile 2500 Mitglieder aus 119 Nationen. Hier können Menschen aus aller Welt miteinander reden, Sprachen lernen, Besuche und Treffen organisieren und sich gemeinsam für Projekte für Frieden und gegen Armut engagie-

ren. Ganz wichtig: Der Austausch über das Netz ist kostenlos. Dies soll auch C.I.G.-Mitglieder aus armen Ländern die Möglichkeit zum Mitmachen geben. Über Banner und Spenden unterstützt das Netzwerk außerdem wohltätige Projekte.

»Nicht nur die Kultur der Menschen und ihrer Länder lerne ich kennen, sondern auch sie selbst, wie sie wirklich sind, ihr Leben, ihre Pläne und Probleme«, schreibt C.I.G.-Mitglied Gosia aus Polen. Sie hat heute Bekannte aus Taiwan, Japan, den USA, Afrika und der Ukraine. »Wir haben viel Gemeinsames.«

Einen Beitrag zur Völkerverständigung und zum Frieden wollte Bretag mit C.I.G. leisten.

»Ich war einer, der sich auch immer über diese kaputte Welt aufgeregt hat, aber nichts gemacht hat. Mit der Gründung von C.I.G. wollte ich nicht weiter stillrumsitzen und wegschauen.« Sein Ziel: Irgendwann eine Million Mitglieder im Netzwerk. ■

Dirk.Erb@igmetall.de

► www.Comitasintergentes.org



Foto: Privat

Bretag und sein südafrikanischer Freund Jerome Scott in Helmstedt.

UNSER PRODUKT



Foto: WILO

Mit guten Pumpen lassen sich Stromkosten um bis zu 90 Prozent senken.

Viel weniger Energie und trotzdem volle Leistung

Heizungspumpen sind oft die größten Stromfresser im Haushalt. Es gibt aber auch Modelle, die mit wenig Energie auskommen.

Zufällig las Metaller Jörn Broda in der Zeitschrift »Test« der Stiftung Warentest einen Bericht über Heizungspumpen. »Ich war überrascht, dass die klassische Pumpe eine der größten Stromfresser im Haushalt ist.« Er tauschte seine bisherige gegen eine neue »geregelte Hocheffizienzpumpe« der Dortmunder Firma Wilo aus: Wilo Stratos Eco. Sie war aus einem Test der Stiftung als einer der beiden Testsieger hervorgegangen. Broda entschied sich für die WILO-Pumpe, weil sie von den beiden Besten die mit dem höchsten Stromsparpotenzial war.

»Für mich als Gewerkschafter war allerdings genauso wichtig: Bei Wilo sind viele Beschäftigte in der IG Metall.«

Letztes Jahr ließ Broda die Pumpe in seinem Haus einbauen. Sein persönliches Testergebnis: Von den 102 Euro Strom, die seine alte Pumpe gekostet hatte, spart er jetzt fast 90 Euro ein. Die neue Pumpe verbraucht nur noch für 12,20 Euro Strom.

Die Tester errechneten für ein normales Einfamilienhaus einen jährlichen Verbrauch von 63 Kilowattstunden. Diese Kosten seien bei den herkömmlichen, meist zu großen Pumpen schon nach zwei bis vier Jahren erreicht. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Mehr Informationen dazu gibt Jörn.Broda@igmetall.de
Weiteres auch unter:

► www.igmetall.de/metallzeitung

MITMACHEN SCHREIBT UNS EURE IDEEN UND PRODUKTE

Querdenken, etwas anders machen oder Dinge auf den Kopf stellen: Die metallzeitung sucht gute Ideen und Produkte, auf die Metallerinnen und Metaller stolz sind. Wer ist Weltmeister? Wo gibt es neue Konzepte und Ansätze?
Per E-Mail an: ► metallzeitung@igmetall.de

IN KÜRZE

Rentanpassung 2000

Im Jahre 2000 haben allein bei der Deutschen Rentenversicherung Bund rund eine Million Rentenempfänger Widersprüche gegen die Höhe der damaligen Rentenanpassung eingelegt. Im Einvernehmen mit den Betroffenen wurden einige Musterverfahren zur Frage der Rechtmäßigkeit der Art der Rentenanpassung vereinbart und die Entscheidung über die anderen Widersprüche bis zum rechtskräftigen Abschluss dieser Musterverfahren zurückgestellt. Bereits im letzten Jahr hat das Bundesverfassungsgericht in letzter Instanz entschieden, dass die gesetzlichen Regelungen zur Rentenanpassung 2000 rechtlich nicht zu beanstanden sind. Die Deutsche Rentenversicherung Bund hat jetzt über die bisher zurückgestellten Widersprüche entschieden und diese zurückgewiesen. Die Widersprüche werden in den nächsten Tagen versendet.

Steuererklärung 2007

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat einen Ratgeber »Lohnsteuer-ABC für 2008« herausgegeben. Darin wird Lohnsteuerpflichtigen geraten, die Pendlerpauschale auch für 2007 zu beantragen. Sie sollten bei der Abgabe ihrer Einkommenssteuererklärung die alte, das heißt bis Ende 2006 gültige Pendlerpauschale ansetzen. Entweder die volle Kilometerzahl für die Wege zur Arbeit, die mit dem Auto oder anderen privaten Verkehrsmitteln zurückgelegt werden oder die tatsächlichen Kosten für die Fahrkarten zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

► www.dgb.de

→ Themen A – Z → Steuerpolitik

Arbeitslosengeld II

Die Arbeitskammer des Saarlands hat ihre Broschüre »Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe« neu aufgelegt. Darin werden alle Gesetze und Regelungen ausführlich beschrieben und kommentiert. Der Ratgeber kostet sieben Euro plus Porto und kann bestellt werden unter Telefon: 06 81 – 40 05-444

► www.arbeitskammer.de

ARBEIT



Illustration: Image Zoo

Verbandsaustritt: Was tun?

Betriebe, die durch einen Verbandsaustritt tariflich festgelegte Jahressonderzahlungen umgehen wollen, vergessen oft die Nachbindung sowie die Nachwirkung eines Tarifvertrags. Keinesfalls sollten Arbeitnehmer einzelvertragliche Abmachungen mit dem Chef eingehen.

Einer der häufigsten Fragen bei Verbandsaustritt lautet: Müssen Arbeitnehmer einen neuen Arbeitsvertrag unterschreiben, wenn der Arbeitgeber das verlangt? Die Juristen der IG Metall raten: Keine Unterschrift zwischen Tür und Angel. Niemand muss einfach so schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptieren. Schon gar nicht unter Zeitdruck.

Tritt der Arbeitgeber aus dem Arbeitgeberverband aus, so gelten die Tarifverträge zunächst bis zum Ende ihrer Laufzeit zwingend weiter. Das regelt Paragraph 3, Absatz 3 Tarifvertragsgesetz (TVG). Erst danach dürfen die Verträge durch neue in diesem Fall auch einzelvertragliche Vereinbarungen ersetzt werden. Kommen solche Vereinbarungen nicht zustande, so gelten die alten Verträge auch über

das Ende ihrer Laufzeit hinaus per Nachwirkung weiter über viele Jahre hinweg.

Die im Betrieb gültigen Tarifverträge können übrigens beim Betriebsrat eingesehen werden. Behaupten Arbeitgeber gegenüber

ihren Arbeitnehmern, dass sie gekündigt werden können, wenn sie keinen neuen Arbeitsvertrag unterschreiben, ist das falsch. In den meisten Fällen versuchen Arbeitgeber Änderungsverträge zu vereinbaren, in denen Arbeitnehmer unter schlechteren Bedingungen, beispielsweise eine unentgeltliche längere Wochenarbeitszeit, weiter arbeiten können.

Bei Letzterem ist Vorsicht geboten. Eine einzelvertragliche Abmachung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber kann möglicherweise Ansprüche aus dem nachwirkenden Tarifvertrag beenden.

Betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten sich sofort an ihren Betriebsrat wenden oder ihre zuständige IG Metall-Verwaltungsstelle und sich dort juristisch beraten lassen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

KOSTENLOSE BERATUNG

■ Die IG Metall kann auch bei einem Verbandsaustritt mit einzelnen Arbeitgebern Tarifverträge abschließen. Deshalb lohnt es sich, bei der IG Metall dabei zu sein. Denn nur Mitglieder haben einen Rechtsanspruch auf alle tariflichen Leistungen. Gleiches gilt für den kostenlosen Rechtsschutz. Mehr Infos:

► www.igmetall.de/
metallzeitung

BESSER MIT BILDUNG

Schüler lernen wie in einer richtigen Metall-Werkstatt

Bei Metaller Josef Thomas feilen, bohren oder schweißen Jungen und Mädchen und gewinnen so Einblicke in Metallberufe.

Vorsichtig setzt Ali den kleinen Gewindebohrer an und dreht. Josef Thomas korrigiert ihn dabei: »Ein bisschen mehr Druck, sonst wird es schief«, sagt der 63-jährige Thomas. Rund 15 Jungen stehen an den Werkbänken. Es ist Mittwochnachmittag, der Unterricht ist aus, aber für die Teilnehmer der Praxisstation in der Kölner Kurt-Tucholsky-Gemeinschaftshauptschule geht es noch drei Stunden weiter. Bei Josef Thomas und Franz Dresen lernen sie Grundlagen des Metallhandwerks: feilen, schneiden, bohren oder schweißen.

Anfang Februar startete Metaller Thomas seine Praxis-Station in der Schule. Der gelernte Karosserie- und Fahrzeugbauer arbeitete viele Jahre in einer Kfz-Werkstatt in Köln, lange Zeit war er Betriebsrat. Es ärgerte ihn immer wieder, dass Hauptschüler bei Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz kaum noch eine Chance hatten. Auch sein Kollege Franz Dresen kennt das Problem: »Bewerbungen von den Hauptschülern wurden oft gar nicht erst gelesen«, erzählt der 70-Jährige.

Thomas wollte etwas für die jungen Menschen tun. Ihnen etwas beibringen, um ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern. Also zog Josef Thomas los und sammelte Spenden für seine Praxisstation. Innerhalb von zwei Jahren stellte er mit diesem Geld eine Werkstatt in der Schule zusammen.

Seinen Jungen und Mädchen muss später niemand mehr erklären, wie die Werkzeuge funktionieren, sagt Thomas. »Die lernen hier wie im ersten Ausbildungsjahr.«

Als Nächstes will er mit ihnen einen Schweißkurs machen. Richtig, mit Bescheinigung. Wer sich damit bewirbt, sollte es auf dem Ausbildungsmarkt leichter haben, hofft Thomas. Auch da will sie der Metaller unterstützen und ihnen bei der Suche nach Praktika helfen. Noch größer ist allerdings die Nachfrage nach Thomas selbst. Immer mehr Schulen möchten eine Praxis-Station einrichten. Aber der Metaller kann nicht überall sein. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de



Josef Thomas zeigt einer Schülerin Feinheiten des Handwerks.

AUF DEM PRÜFSTAND



Foto: SassyStock

Bislang gibt es keine Hinweise auf eine Gefährdung durch Sparlampen.

Energiesparlampen auf dem Prüfstand

Elektrische Geräte verbreiten elektromagnetische Strahlungen. Auch Energiesparlampen. Sie sind deshalb in Verruf geraten.

Jeder kennt das. Ob schnurloses Telefon, Fernseher, Mikrowelle oder Computer: Wohnungen sind durchdrungen von elektromagnetischen Feldern. Müdigkeit, Kopfschmerzen oder Schlafstörungen können die Folge sein.

Um Strom zu sparen wechseln immer mehr Haushalte ihre alten Glühbirnen gegen Energiesparlampen aus. Verbraucher befürchten nun, dass der Einsatz dieser Sparlampen eine weitere Gefährdung der Gesundheit im Haushalt bedeuten könnte. Die Schweizer Bundesämter für Energie und für Gesundheit haben in einer Studie vor vier Jahren an gängigen Energiesparlampen die elektrischen und magnetischen Felder in deren

Umgebung messen lassen. Das Ergebnis: Es gibt keinen Hinweis darauf, dass beim Einsatz von Stromsparlampen eine gesundheitliche Beeinträchtigung zu befürchten wäre.

Das bestätigt das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Berlin. Pressesprecher Florian Emrich: »Es besteht keine Veranlassung, aus gesundheitlichen Gründen auf die wegen ihres Energieverbrauchs wesentlich effizienteren Energiesparlampen zu verzichten.« Aus Vorsorgegründen sollten Kunden aber nach niedrig strahlenden Lampen fragen. ■

Werner Hoffmann

Mehr Infos über Sparlampen:
► www.igmetall.de/metalzeitung

MITMACHEN WIR SUCHEN PRODUKTE FÜR DEN PRÜFSTAND

Ihr kennt ein Werkzeug oder ein Material, dass es besser nicht an eurem Arbeitsplatz geben sollte? Ihr habt gute Erfahrungen mit Produkten des Arbeitsschutzes gemacht? Ihr wollt wissen, was die besten Ohrstöpsel oder Sicherheitsschuhe sind? Schreibt uns. Wir stellen Produkte auf den Prüfstand.

Per E-Mail an: metallzeitung@igmetall.de

LEBENSMITTELMÄRKTE MAL ANDERS

Der Hunger kam nicht über Nacht

In den vergangenen Wochen erschütterten Proteste von hungernden Menschen rund um den Globus die Weltöffentlichkeit. Ein lang überwunden geglaubtes Problem kehrte aufgrund explodierender Lebensmittelpreise zurück. Die Preisexplosion fiel keineswegs vom Himmel, schreibt Marita Wiggerthale, Agrar- und Handelsexpertin der Hilfsorganisation Oxfam Deutschland.

Die weltweite Hungerkrise wird zum Topthema. Die rasant steigenden Preise für Lebensmittel haben von Asien über Afrika bis in die Karibik zu gewaltsamen Protesten geführt. Mais war an der Chicagoer Börse zeitweise um 33 Prozent teurer geworden, Weizen um 64 Prozent und Reis um 63 Prozent. Was in Chicago an Preisen ausgehandelt wird, bestimmt das Leben von Reisbauern in Vietnam, von Bettlern in den Slums von Manila und von Bäckern in Deutschland.

Die Preisexplosion fiel nicht vom Himmel. Seit zehn Jahren wird mehr Getreide verbraucht als angebaut. Die weltweiten Lagerbestände sind im vergangenen Jahrzehnt rapide gesunken. Aktuell reichen die Vorräte, um die Weltbevölkerung 50 Tage mit Getreide zu versorgen. Notwendig wäre ein Vorrat für 60 bis 80 Tage.

Der weltweit ansteigende Getreideverbrauch hat mehrere Gründe. Dazu zählt der Trend in Industrieländern zu Bio-Sprit. Er macht bis zu 60 Prozent der Preissteigerung aus. Auch der steigende Konsum von Fleisch und Milch in Schwellenländern wie China trägt dazu bei. 36 Prozent des Weltgetreides werden heute für Futtermittel aufgewandt. Hinzu kommen Ernteausfälle durch immer stärkere Wetterschwankungen sowie steigende Ölpreise. Die industrialisierte Landwirtschaft ist mit ihrem hohen Einsatz von Maschinen, Pestiziden und Düngemitteln stark vom Erdöl abhängig. Der rasante Preisanstieg deutet aber auch auf einen massiven Zustrom spekulativer Gelder hin. Dafür spricht auch die zeitliche Parallelität zwischen dem Ausbruch der Kreditkrise und dem Preisanstieg.

ZUR PERSON MARITA WIGGERTHALE, OXFAM DEUTSCHLAND

Seit 2005 arbeitet Marita Wiggerthale für die Hilfsorganisation Oxfam Deutschland als Handels- und Agrarreferentin. Davor war sie im Handelsbereich bei Germanwatch in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig.

Nach ihrem Studium der Politik, Wirtschaft und Erziehungs-

wissenschaften sowie Praktika in Brüssel und London arbeitete sie von 2000 bis 2002 als Generalsekretärin der internationalen katholischen Landjugendbewegung in Brüssel.

Neben ihrer Tätigkeit bei Oxfam schreibt Marita Wiggerthale zurzeit auch als freie Journalistin.



Foto: Privat

BUCHTIPP

Was Lidl, Aldi und Edeka mit den Arbeitsbedingungen in Costa Rica und Ecuador zu tun haben, zeigt der Oxfam-Bericht »Endstation Ladentheke«. Beschrieben wird, wie Supermärkte ihre Einkaufsmacht massiv dazu einsetzen, die Lieferanten im Preis zu drücken. Die Zeche zahlen die Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Plantagen. Sie schuften oft bis zu zwölf Stunden am Tag für Hungerlöhne.

► www.oxfam.de/download/endstation_ladentheke.pdf



Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind arme Menschen, die gar nicht oder nicht genug Lebensmittel für den Eigenbedarf produzieren. Oxfam sieht mit Sorge, dass im Senegal beispielsweise die Mahlzeiten reduziert werden, die Nahrung unausgewogener wird und Kinder sogar von der Schule genommen werden. In Ghana bleiben die Verkäufer von Mahlzeiten in den Straßen auf ihrem Essen sitzen.

Kleinbauern hingegen, die genug produzieren, um ihre Produkte auf den Markt zu verkaufen, stehen jetzt besser da. Die Vereinigung alleinerziehender Mütter in Ghana, die Reis verarbeitet, kann erstmals mit den Billigimporten aus dem Fernen Osten, USA und Brasilien konkurrieren. Ihre Einnahmen steigen.

Vielerorts profitieren Bauern und Bäuerinnen jedoch nicht vom Preisanstieg, weil es an Krediten, Saatgut, Düngemitteln und Beratung fehlt. Darüber hinaus wurden Kleinbauern schutzlos der harten Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgesetzt. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank zwangen viele Regierungen in den armen Ländern ihre Grenzen für subventionierte Billigimporte aus den Industrieländern zu öffnen.

Die Regierungen in Nord und Süd müssen handeln. Die Industrieländer müssen ihre Bio-Sprit-Ziele, das Agrardumping und die verstärkte Marköffnung einstellen. Die Vernachlässigung kleinbäuerlicher Produzenten muss beendet werden. Kurzfristig brauchen die Menschen bezahlbare Lebensmittel. Mittelfristig gilt es, soziale Sicherungssysteme einzuführen. Es ist Zeit zu handeln – seit gestern. ■

VON A BIS Z: DAS STICHWORT

Mitarbeiterbeteiligung

Die Bundesregierung will den Arbeitnehmern die finanzielle Beteiligung am eigenen Unternehmen mit steuerlichen Vergünstigungen schmackhaft machen. Das Konzept findet die IG Metall nicht schlecht. Mehr Verteilungsgerechtigkeit verspricht sie sich davon aber nicht.

Arbeitnehmer tragen wesentlich zum Erfolg eines Unternehmens bei. Warum sollten sie nicht ein Stück vom Kuchen abbekommen und Miteigentümer werden? Finanzielle Mitarbeiterbeteiligung heißt das Konzept hinter der Idee, die wie ein Stehaufmännchen regelmäßig auf der politischen Bühne erscheint. Auch die Große Koalition will den Beschäftigten die Beteiligung am eigenen Unternehmen schmackhaft machen. Denn bislang halten sie sich bei solchen Geschäften eher zurück.

So sind Schätzungen zufolge in Deutschland etwa drei Prozent der Arbeitnehmer am Kapital beteiligt und etwa neun Prozent am Gewinn. Damit die finanzielle Beteiligung attraktiver wird, will die Bundesregierung die steuerlichen Vergünstigungen erhöhen. Dabei sollen sowohl Beteiligungen am eigenen Unternehmen als auch Beteiligungen an Fonds gefördert werden. Aus Sicht vieler Experten haben Fonds durchaus

Vorteile. Denn ein Arbeitnehmer, der sein Geld ins eigene Unternehmen steckt, trägt ein größeres Risiko. Geht sein Arbeitgeber pleite, sind Geld und Job futsch.

Risiken streuen nennen das Finanzexperten, und das empfiehlt sich auch für Geldanlagen und Arbeitsplatz. Aus Sicht der IG Metall bieten die neuen Pläne Vorteile. Die Gewerkschaft begrüßt, dass Beschäftigte pro Jahr für 360 Euro Kapitalanteile vom Arbeitgeber steuerfrei erhalten

können. Außerdem enthalten die jetzigen Pläne wesentliche Forderungen der IG Metall. So soll die Beteiligung zusätzlich gewährt werden, und die Freiwilligkeit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist gewährleistet. Einen Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit leistet Mitarbeiterbeteiligung aus Sicht der IG Metall jedoch nicht. Hier werde es auch in Zukunft auf ein gerechtes Steuersystem und einen funktionierenden Sozialstaat ankommen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Vor allem die Großen beteiligen ihre Beschäftigten

Die finanzielle Beteiligung der Mitarbeiter an Gewinn oder Kapital ist in der Gesamtwirtschaft zwar recht gering. Doch je nach Betriebsgröße und Branche zeigt sich ein anderes Bild. So beteiligen vor allen Dingen große Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ihre Mitarbeiter. Hier gab es 2005 in immerhin 34 Prozent der Betriebe eine Gewinn- und bei sieben Prozent eine Kapitalbeteiligung. Bei kleinen Betrieben bis zu 50 Beschäftigten lag der Anteil bei acht oder zwei Prozent. Besonders beteiligungsfreudig ist das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Hier beteiligten 26 Prozent ihre Beschäftigten am Gewinn.

Abgrund von Unmoral

Bei der Erhöhung der Renten um 1,1 Prozent ab Juli hat sich die Bundesregierung lange geziert. Um so fixer soll jetzt die eigene Diätenerhöhung durchgewunken werden. Einmütig hat das Bundeskabinett einen Gesetzesentwurf formuliert, der die Übernahme des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst vorsieht. Ab Januar sollen die Abgeordneten monatlich 278 Euro mehr erhalten, ein Jahr später noch einmal 213. Da sich die Parlamentarier bereits im vergangenen Jahr ein kräftiges Plus genehmigt hatten, würden die Diäten in drei Jahren um 16,4 Prozent auf monatlich 8159 Euro ansteigen. »Ein Abgrund von Unmoral«, kritisiert die »Frankfurter Rundschau«.

FDP, Grüne und Linke lehnen höhere Diäten ab, und auch bei SPD und CDU gibt es Widerstand. Mehrere Abgeordnete haben angekündigt, dem Gesetz nicht zuzustimmen.

Die Linken hatten bereits die Erhöhung vom vergangenen Jahr abgelehnt und spenden seit Januar die zusätzlichen Nettosummen an soziale Einrichtungen wie lokale Tafeln oder Bürgerinitiativen. fra



DAS LETZTE

